

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementsspreis Mr. 1,50 pro Vierteljahr. Zu bezahlen durch
die Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Vorstandsrath für die Redaktion: M. Kayser, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenrath: Eduard Steinbrenner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Insetate für die viergesparte Zeitteil über deren Raum 30 Pf.
Vergütungsanzeigen und Arbeitsermittlungen 30 Pf.
Versammlungsanzeigen 15 Pf.

Unfallhäufigkeit und Unfallverhütung in der Holzindustrie.

I.

1. Mit der Einführung der modernen arbeitsparenden und den Arbeitsprozess beschleunigenden Werkzeugmaschinen in der Holzindustrie hat dort die Unfallhäufigkeit in erheblichem Umfang zugenommen. Im Jahre 1888 zählte man bei den vier Holzberufsgenossenschaften auf 1000 versicherte Arbeiter 82,47 Verletzte, im Jahre 1909 war die Unfallhäufigkeit fortgesetzt steigend bereits auf einen Durchschnitt von 48,28 Verletzte angelangt. In der Regel wird die Zunahme der Unfallhäufigkeit in der Industrie damit entschuldigt und zu erklären versucht, daß man sie als Folge der zunehmenden Vertrautheit der Arbeiter mit der Unfallversicherung und der Anwendung selbst leichterer Unfälle bezeichnet. Diese Erklärung trifft jedoch hier nicht zu, wie die Zunahme der entschädigungspflichtigen Unfälle oder, mit anderen Worten, derselben Unfallsverletzungen beweist, für welche eine Unfallrente festgestellt werden mußte, weil sie eine vorübergehende oder dauernde Erwerbsunfähigkeit zur Folge hatten. Die Zunahme der entschädigungspflichtigen Unfälle ist sogar prozentual eine weit höhere, wie folgende Gegenüberstellung zeigt:

	Auf 1000 Versicherte	Bon 1000 Versicherten laufen Verletzte	v. erlin. entschädigt
1888	1000	8,50	0,80
Sächs. Holz-Berufsgen.	24,60	88,20	
Nordd.	34,54	47,00	8,80
Währlsche	87,85	52,04	7,07
Siidwestb.	80,89	85,72	16,22
		4,47	11,57

Im Jahre 1909 hatte die Holzindustrie bei insgesamt 83 000 Betrieben mit 427 244 versicherten Arbeitern 19 497 Unfälle zu verzeichnen, wovon 5552 entschädigungspflichtig waren. Von den gemeldeten Unfällen hatten 152 den Tod des Verletzten, 9 dauernd völlig, 1732 dauernd teilweise und 2785 vorübergehende Erwerbsunfähigkeit zur Folge. Außer den Verletzten waren zu untersuchen 100 Witwen, 203 Kinder und Enkel sowie 2 Angehörige. Der Gesamtentschädigungsaufwand der Berufsgenossenschaften für die früheren und neu anfallenden Unfälle belief sich auf 5 789 018,44 Mr.

Die meisten Unfälle ereignen sich an Maschinen, Motoren und Transmissionen. Im Jahre 1909 wurden 2510 Unfälle dieser Art gemeldet. An Holzmaschinen, Fahrstühlen, Aufzügen usw. kamen 89, an Dampfkesseln durch Explosionen 2 Unfälle vor. Durch Gase und Dämpfe wurden 5, Zusammenbruch, Einsturz, Herab- und Umfallen von Gegenständen 212, Fall von Leitern, Treppen usw. 528 Unfälle berichtet. Beim Auf- und Abladen, Heben und Tragen ereigneten sich 878, durch Ueberfahren, Absturz vom Wagen usw. 128, infolge Ueberfahren im Eisenbahnbetrieb 22, im Schiffsverkehr 4 Unfälle. Durch Tiere wurden 21, infolge Verletzungen durch Handwerkzeug 101, auf sonstige Weise 328 Unfälle herbeigeführt.

Es ist eine sehr beliebte Methode, die Zunahme der Unfälle im allgemeinen den Arbeitern zur Last zu legen und ihre Unachtsamkeit und Gleichgültigkeit gegenüber den sie bedrohenden Gefahren verantwortlich zu machen. Mit dieser Erklärung kommt man aber nicht weit. Zugaben ist zwar, daß die den modernen Industriebetrieben und ihrer Produktionsweise anhaftenden Gefahren von den Arbeitern sehr häufig nicht genügend gewißheit und beachtet werden. Das liegt zum nicht geringen Teil daran, daß sie diese Gefahren entweder nicht voll erkennen oder durch die Gewohnheit dagegen abgestumpft werden, zum größeren Teil aber, daß die ihnen aufgezwungene Intensität der Arbeit, die dabei erfolgende direkte und indirekte Anstrengung sie nötigt, sich über diese Gefahren hinwegzusehen und sie nicht zu beachten. So lange die Arbeitsintensität bestehen bleibt und noch weiter gesteigert wird, ist hierin keine wesentliche Besserung zu erwarten. Zu dieser Beziehung sind aber die Unternehmer am empfindlichsten. Die sich stetig verschärfende Konkurrenz zwingt sie, auf immer umfassender Anwendung von Arbeitsmaschinen bedacht zu sein und Einrichtungen zur Beschleunigung und Verbesserung der Produktion zu treffen, womit auch die Unfallgefahr für den Arbeiter zunimmt. Die Hauptursache der steigenden Unfallhäufigkeit liegt daher auch in dieser Richtung und alle Maßnahmen, welche eine bemerkbare Herabminderung der Unfälle zur Folge haben sollen, müssen hier zunächst einzusehen.

Dazu gehört vor allem eine wirksame Kontrolle der Betriebe hinsichtlich ihrer Einrichtungen zum Schutz der Arbeiter gegen Unfälle. Eine solche Kontrolle ist in der Gewerbeinspektion bereits vorhanden. Diese reicht aber

bei weitem nicht aus, die Zahl der Beamten ist viel zu gering. Man sollte nun zwar meinen, daß die Berufsgenossenschaften ein Interesse daran haben müßten, ihrerseits auf eine bessere Kontrolle und damit auf eine Verringerung der Unfallhäufigkeit hinzuwirken! Ein Anlauf dazu ist wohl gemacht, indem die Berufsgenossenschaften eigene technische Betriebskontrollbeamten angestellt haben. Was will es aber besagen, wenn man hört, daß die Sächsische Holzberufsgenossenschaft bei 4299 Betrieben und 88 729 Arbeitern 1 Beamten, die Norddeutsche Holzberufsgenossenschaft bei 41 705 Betrieben und 287 478 Arbeitern 6 Beamten, die Währsche Holzberufsgenossenschaft bei 7083 Betrieben und 48 527 Arbeitern 1 Beamten und die Südwärtische Holzberufsgenossenschaft bei 10 980 Betrieben und 57 510 Arbeitern 4 Beamte für die Kontrolle ihrer Unfallverhütungsvorschriften verwendet! Von einer Wirksamkeit der Kontrolle kann unter solchen Umständen gar keine Rede sein, denn die Beamten müssen sich darauf beschränken, jährlich nur einen kleinen Teil der Betriebe zu besuchen und sich mit Stichproben begnügt, der Einhaltung der Arbeitsschutzbestimmungen zu begnügen.

Dabei ist die Lage der Unternehmer über die steigenden Unfallzahlen eine ständige. Bei jeder Gelegenheit wird den Arbeitern vorgerechnet, welche Aufwendungen die Arbeiterversicherung der Industrie verursacht und wie sehr jeder weitere Aufwand ihre Konkurrenzfähigkeit bedroht. Das sind zwar längst widerlegte Liebhabertheorien, sie lehren aber immer wieder. Trotzdem die Unternehmer derart über die steigenden Versicherungskosten und besonders die Unfallversicherung jammern, tun sie nichts, um dem weiteren Ansteigen dieser Lasten dort entgegenzuwirken, wo es — wie z. B. durch den Ausbau der Unfallverhütung — ohne jeden Nachteil für die Versicherten geschehen kann. Ja, nicht nur das! Häufig genug kann man bemerken, wie Unternehmer sich nicht nur in dieser Beziehung passiv verhalten, sondern der Ausgestaltung des Unfallschutzes in rücksichtsloser Weise entgegenwirken und selbst zu den allermomentansten Schuhseinrichtungen gezwungen werden müssen, weil man die damit verbundenen geringen Ausgaben scheut.

Um so energischer und frei von allen humanen Anwandlungen geht man gegen die Versicherten vor. Die Tausenden von Unfallverletzten, die Jahr für Jahr einen erbitterten Klientenkrieg mit den Berufsgenossenschaften führen haben, müssen ein Bild davon zu singen, wie man auf ihre Kosten zu sparen und durch fortgesetzte Schlafratungen die ihnen gewährten Entschädigungen herunterdrücken oder ganz zur Einstellung zu bringen versucht. Daneben laufen die fortgesetzten Bestrebungen des industriellen Scharfmachertums, die Versicherungsgesetzgebung zu verschlechtern, auch das letzte Restchen sozialen Weiters aus ihr herauszutreiben. Und diese Bestrebungen bleiben nicht erfolglos, wie das Beispiel der Reichsversicherungsordnung beweist. In welch systematischer Weise von den Berufsgenossenschaften speziell auf die Verschlechterung der Unfallversicherung und der Unfallrechtsprechung zum Schaden der Arbeiter hingewirkt wird, zeigt ein vor kurzem in vierter Auflage von der Nordwestdeutschen Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft herausgegebenes Buch über „die Gewährung an Unfallfolgen“. Das Buch enthält eine Zusammenstellung der für Unfallverletzte ungünstigsten Entscheidungen des Reichsversicherungsamtes und soll als Leitfaden für die Berufsgenossenschaften zu noch rücksichtsloserem Vorgehen bei der Klientenfestsetzung dienen. Es besteht kein Zweifel, daß es in diesem Sinne im weitesten Umfang Anwendung finden und die Unfallversicherung sich noch arbeiterfeindlicher gestalten wird.

Gegenüber derartigen inhumanitären Bestrebungen, die von kleinlichster Rücksichtslosigkeit und Kurzsichtigkeit distilliert sind, wirkt es wohltröstend, auch einmal einen anderen und vor allen Dingen vernünftigeren Standpunkt zu treten zu sehen. Die Südwestdeutsche Holzberufsgenossenschaft hat bereits im Jahre 1905 eine Broschüre über den damaligen Stand der Unfallverhütungstechnik in der Holzindustrie herausgegeben, die ein ganz vorzügliches Material darüber bot, was alles an Vorrichtungen an Holzbearbeitungsmaschinen, Transmissionen, Kraftmaschinen usw. zum Schutz der Arbeiter vor Verletzungen vorhanden ist. Anlässlich der Feier ihres 25jährigen Bestehens gibt die Berufsgenossenschaft eine erheblich erweiterte Neuauflage des Buches heraus unter dem Titel: „Illustrierter Leitfaden für die Unfallverhütungstechnik in Möbel- und Holzwarenfabriken, mechanischen Schreinereien und verwandten Betrieben“. Dies Buch begnügt sich nicht mit der Aufzählung und Beschreibung der vorhandenen Schutvorrichtungen, sondern es behandelt auch die Arbeitsweise in den verschiedenen Holzbearbeitungsmaschinen und gibt in dieser

Beziehung für die Maschinenarbeiter manche wertvolle Anregung.

Mit Recht wird in dem Buche darauf hingewiesen, wie ungeheuer gefährlich es ist, ohne sachländige Anleitung und Übung an Holzbearbeitungsmaschinen zu gehen und ebenso mit Recht verlangt, daß jugendliche Arbeiter unter 17 Jahren an solchen Maschinen nicht beschäftigt werden sollten, weil ihnen die hierfür erforderliche Geschicklichkeit und Überlegung fehlt. Ein sehr großer Teil der gewölblichen Unfälle ist lediglich auf die Verwendung jugendlicher, ungebildeter und mit den Maschinen und der Arbeitsweise nicht genügend vertrauter Arbeiter zurückzuführen. Diese Tatsache hindert die Unternehmer aber nicht, nach wie vor solche ungeeignete Arbeitskräfte zu verwenden, weil sie billiger sind. Über die ungeheure moralische Verantwortung, die sie damit auf sich nehmen, seien sie sich leichtherzig hinweg.

Amerikanischer Brief.

New York, 1. Juni.

Wer hier herüberkommt in der Meinung, goldene Berge zu finden, wird sehr bald eine schwere Enttäuschung erleben, denn die Verhältnisse in der Schreinerei sind hier so schlecht, daß selbst die bedürfnislosesten Kollegen unsatisfied werden. Es liegt ja ganz nett, wenn es heißt, der Unionlohn beträgt 22 Dollar die Woche, aber von unserer Lokalunion Nr. 309 der United Brotherhood of Carpenters and Joiners of America (Vereinigte Brüderchaft der Zimmerer und Tischler von Amerika) arbeiten im verflossenen Frühjahr kaum 400 in Unionwerstätten. Es werden aber schwerlich viel mehr als 200 sein, die den vollen Lohn erhalten. Die anderen müssen uns anfügen, denn wenn sie die Wahrheit sagen, werden sie bestraft.

In unseren Unionen gibt es überhaupt mancherlei Dinge, die nur auf den Schein berechnet sind. So werden z. B. neu eintretende Mitglieder auf ihre berufliche Leistungsfähigkeit geprüft. Wer sich bei unserer Local 309 zur Aufnahme meldet, muß zunächst die Aufnahmegebühr bezahlen, die offiziell 20 Dollar beträgt. Mit der Quittung und dem ausgefüllten Applikationsbogen geht der Kandidat dann am nächsten Freitag abend zum Examinations-Komitee ins District-Council. Bei der Prüfung muß der Kandidat zeigen, daß er die verschiedenen Hölzer und Werkzeuge kennt, er muß eine Sichtlinge scharf machen, den Hobel stellen, auch hobeln. Dann wird ihm aufgegeben, an der Gehungsschneideklade eine sogenannte Schwindeschleife oder ein Gesims abzuschneiden. Legt er die Peitsche verkehrt in die Schneideklade, so läuft er Gefahr beim Schlag zu durchzufallen. Die Prüfung erstreckt sich weiter auf die Kenntnis der Sägen; der Prüfling muß angeben können, wie Sodex zur Türbeschleidung, Fußbodenlambris, Stuhlschläfen, Bildleisten usw., die alle zur Hand sind, festgemacht werden und bergl. mehr. Das ganze Examen ist ja lächerlich, aber es fällt doch manger durch. Bei eingewanderten Deutschen kommt das allerdings kaum vor, aber aus rückständigen Ländern finden sich mitunter Leute ein, die sich gar nicht zu helfen wissen.

Der dem Examen zugrunde liegende Gedanke ist der, daß nur Mitglieder aufgenommen werden sollen, die imstande sind, den Unionlohn zu verdienen. Die Unionmitglieder haben Arbeitsstellen und sollen nur mit Unionstümern zusammenarbeiten. Aber dieses System ist nicht sehr erfolgreich. Die minderleistungsfähigen Kollegen wollen doch auch leben. Sie bieten sich dem Unternehmer für billigen Lohn an, und die weitgehende Arbeitsteilung gestattet es, sie nutzbringend zu verwenden. Die Folge ist, daß auf diese Weise auch der Lohn der tüchtigen Arbeiter herabgedrückt wird. Es fällt sehr schwer, den alten Mitgliedern der Union das Verständnis dafür beizubringen, daß man sich den neuen Verhältnissen anpassen muß.

Bei einer im letzten Winter aufgenommenen Statistik wurde festgestellt, daß 752 Mitglieder unserer Lokalunion Nr. 309 in Arbeit standen, davon 318 in Unionwerstätten. Außer Arbeit waren 897 und 200 hatten sic Fragebogen nicht abgegeben. In New York gibt es eine große Zahl von Lokalunionen der United Brotherhood of Carpenters and Joiners; unsere Nr. 309 ist eine kleine internationale Union, die ein buntes Volkerenmisch umfaßt. Den Stamm bilden 552 deutschsprachige Mitglieder, nämlich Deutsche, Österreichische und Schweizer. Dann kommen 210 Ungarn, 91 Böhmen, 62 Juden, 49 Polen, 22 Slaven, 21 Engländer, 10 Italiener, 18 Russen, 16 Schweden, 12 Amerikaner, 8 Rumänen, 8 Dänen, 6 Serben, 5 Franzosen, 2 Finnländer, 2 Belgier und je 1 Portugiese und Türke. Unsere Organisation könnte viel bessere Fortschritte machen, wenn die Bestimmung nicht vorhanden wäre, die

uns zwingt, 20 Dollar Aufnahmegebühr zu erheben. Unsere 300 hat schon des öfteren beim District-Council beantragt, die Aufnahmegebühr auf 5 Dollar herabzusetzen, aber stets erfolglos. Im District-Council, das ist die Vertretung sämtlicher in New York domicilierten Unions der Carpenter, reicht unser Einfluss nicht aus. Wir müssen sogar befürchten, daß wir von der Bruderschaft suspendiert werden, da wir tatsächlich öfters Mitglieder mit 5 Dollar Eintrittsgeld aufnehmen, trotz des entgegenstehenden Beschlusses. Eine solche Suspension würde unangenehme Folgen haben. Ohne Arbeitskarte würden wir von den Bauten verdrängt, und auch das Sterbegeld würde unseren Mitgliedern entzogen. Trotzdem muß über einem ein Auftrag gemacht werden, um mit den hiesigen rückständigen Methoden zu brechen. Mit der Generalversammlung der Bruderschaft kommen wir ohnehin in Konflikt, da diese es nicht gelten lassen will, daß wir organisierte Kollegen, die aus Europa kommen, ohne Aufnahmegebühr aufnehmen, obwohl hierzu jede Lokalunion berechtigt ist.

Statt sich die Stärkung der Organisation angesehen zu lassen, beschäftigen sich die hiesigen Gewerkschaftsführer mit dem Gedanken, die Arbeitslosigkeit damit zu bekämpfen, daß keine Mitglieder mehr aufgenommen werden. Anträge, die Bücher auf 6 Monate oder auf ein Jahr zu schließen, das heißt die Neuaufnahmen für diese Zeit zu inhibieren, lagen auch wieder dem letzten District-Council der New Yorker Carpenter vor, sie wurden aber erfreulicherweise abgelehnt.

Von den berüchtigten Einhaltsbeschränkungen haben die deutschen Kollegen jedenfalls schon gehört; auch wir sind fürglich damit beglückt worden. Im März dieses Jahres waren sämtliche Generalbeamten und Hauptvorstandsmitglieder unserer Organisation hier. Es hatten nämlich einige Fabrikanten einen Einhaltsbefehl gegen unsere Organisation und zugleich gegen die Unternehmer erwirkt, die mit uns Verträge abgeschlossen haben. Diese Maßnahme erfolgte auf Grund des famosen Antitrustgesetzes. Wahrscheinlich wird aber bei der Uffäre nichts weiter herauskommen, als daß die Advoaten einen Haufen Geld verdienten.

Ein leidiges Kapitel sind auch hier die Grenzstreitigkeiten. Bei diesen „Jurisdiktionsstreitigkeiten“, wie man sie hier nennt, handelt es sich nicht sowohl darum, ob eine bestimmte Arbeiterschicht zu der einen oder anderen Organisation gehört, sondern um die Frage, welcher Beruf berechtigt ist, gewisse Arbeiten auszuführen. Das ist ein Streit, der an die Zukunft fülligen Angedenken erinnert, aber von den Beteiligten durchaus nicht leicht genommen wird. Vor einigen Jahren wurde im District-Council der Versuch gemacht, zu bestimmen, daß die Schreiner, welche die Innenarbeiten an den Bauten machen, an der Außenseite des Hauses nicht arbeiten dürfen. Dieser Plan misslang damals, es scheint aber, daß diejenigen, die ihn verfolgten, jetzt nicht über Lust haben, uns wegen des niedrigen Aufnahmegebües, welches wir erheben, die Arbeit innerhalb wie außerhalb der Bauten streitig zu machen. Mit welcher Erbitterung die Jurisdiktionsstreitigkeiten ausgeschlagen werden, zeigt das Beispiel des zurzeit schwelenden Kampfes der Steamfitters-Union und der Plumbers-Union (Verbände der Dampferzeuger und der Rohrleger) in Chicago. Bei diesem Jurisdiktionsstreit wurden drei Männer getötet, sieben zu Krüppeln geschossen und Dutzende anderer mehr oder minder schwer verletzt. So melden wenigstens die hiesigen Zeitungen.

Der 1. Mai wurde hier nur in geringem Umfang gefeiert. Einige Unions, die hauptsächlich aus eingewanderten bestehen, hatten am Abend des 1. Mai eine Parade veranstaltet. Am Tage waren 7 Musikkapellen verteilt, für unsere Lokalunion Nr. 309 hatte diese Parade übrigens noch ein Nachspiel. Die hiesigen Musikerorganisationen haben eine Aufnahmegebühr von 100 Dollar, und die Kandidaten müssen vor der Aufnahme 6 Monate im Lande gewesen sein. Es hat sich deshalb eine andere Musikerorganisation gebildet, die dem Sozialismus zu neigt. Hier sind die Aufnahmebedingungen günstiger, aber die Organisation ist der American Federation of Labor (Amerikanischer Arbeiterbund) nicht angegeschlossen. Unsere 300 hatte nun diese sozialistische Musikkapelle zum 1. Mai engagiert, und hierfür wurde sie von der Central Federated Union (Gewerkschaftsfarce) zu einer Strafe von 50 Dollar verurteilt. In der gleichen Zeitung wurde übrigens von einer der alten Musikerunions eine neue Anklage gegen unsere Lokal 309 erhoben, weil ihr Vertreter es gestadet hatte, daß die Musiker noch 100 Dollar Aufnahmegebühr erheben.

Man sieht aus diesen Beispielen, daß diejenigen, die es unternehmen, die hiesigen Gewerkschaften vorwärts zu treiben, einen schweren Stand haben. Wir lassen uns aber nicht einschüchtern und bliden hoffnungsvoll in die Zukunft. Unsere Arbeit ist zwar mühevoll, aber nicht vergeblich.

Oe.

25. Jahreskongress der Holzarbeiter Belgien.

In den Frühjahrstagen, dem 4. und 5. Juni d. J., tagte in Brüssel der 25. Nationalkongress des Belgischen Holzarbeiterverbandes, zu dem 39 Delegierte aus 21 Städten erschienen waren. Die größeren Städte des Landes waren je durch mehrere Delegierte vertreten, so hatte Brüssel 5, Gent 4, Mechelen 3 und Antwerpen 2 Vertreter entsandt. Auf Einladung des Verbandsvorstandes nahm auch der internationale Sekretär Leipart-Berlin an dem Kongress teil, der in seiner Begrüßungsansprache daran erinnerte, daß Brüssel im Grunde genommen die Geburtsstätte der Internationalen Union der Holzarbeiter sei. Vor 29 Jahren, 1891, wurde auf dem von den belgischen

Kollegen einberufenen ersten internationalen Holzarbeiterkongress auch die erste Internationale der Holzarbeiter, mit dem Sieg in Brüssel ins Leben gerufen. Leipart übermittelte auch die Grüße der deutschen Kollegenchaft und die herzlichsten Glückwünsche zu dem Jubiläum der belgischen Organisation.

Aus dem Bericht des Verbandssekretärs, Van der Ghellen, war zu entnehmen, daß der Verband im letzten Jahre die Zahl seiner Ortsgruppen von 20 auf 28 vermehrt hat, während die Mitgliederzahl von 3007 auf 4841 gestiegen ist. Hierzu entfallen auf die größten Ortsgruppen Brüssel 1083, Gent 870, Mechelen 344, Antwerpen 822 Mitglieder. Die Einnahmen des Verbandes betrugen im letzten Jahre 19 187 Fr., die Ausgaben 18 088 Fr., das Vermögen am Schlusse des Rechnungsjahres 25 216 Fr. Unter den Ausgaben steht die Streitunterstützung mit 4422 Fr. an der Spitze, dann folgen die Verwaltungskosten mit 1400, Drucksachen mit 1449, Agitation mit 843 Fr. Sonstige Unterstützungen gewährt der Verband, der bislang auf dem Föderativsystem beruht, aus der Zentralkasse nicht, in den Ortsgruppen ist jedoch zu meiste die Arbeitslosenunterstützung und auch die Krankenunterstützung lokalisiert eingeschürt.

In dem Bericht über die stattgefundenen Lohnbewegungen fällt uns Deutschen besonders die lange Arbeitszeit auf, die fast allgemein noch 11 Stunden, nur in wenigen Städten 10 Stunden beträgt. Selbst in der Hauptstadt Brüssel haben die Kollegen erst im vorigen Jahre damit begonnen, den Gehstundentag einzuführen. Bei der vorjährigen Lohnbewegung in Brüssel wurde ein Mindestlohn von 50 Ct. für Bautischler und 55 Ct. für Möbeltischler, sowie eine Lohnhöchststufe von 5 Ct. pro Stunde durchgeführt. Am Sitz des Verbandes in Gent haben die Möbelstischler bereits den Gehstundentag, ihre Lohnbewegung dieses Jahres brachte ihnen eine Anlage von 2 Ct. (je 1 Ct. an zwei verschiedenen Terminen), wodurch der Stundenlohn auf 50 Ct. steigt. Die Klaviermacher, Möbeltischler usw. arbeiten noch länger als 10 Stunden.

Der Bericht über die Rechenberichte folgte einer großen Debatte über die zukünftige Agitation, die bis zum Schlusse des ersten Tages andauerte. In dem französischen Teil des Landes, bei den Wallonen, hat die gewerkschaftliche Organisation unter den Holzarbeitern erst wenig Boden gewinnen können, weshalb über Mittel und Wege beraten wurde, um die Agitation in diesen Bezirken erfolgreichster zu gestalten. Dabei wurde darauf hingewiesen, daß zahlreiche Holzarbeiter tatsächlich schon organisiert seien, aber in anderen Verbänden, insbesondere im Metallarbeiterverband. Es besteht im übrigen in Belgien auch ein Streit mit dem Bauarbeiterverband, der den Holzarbeitern die Bautischler streitig macht. Der Kongress veranlaßte daher den internationalen Sekretär Leipart, ein Urteil über diese Streitfrage abzugeben, was diejenigen Gelegenheit gab, über die Frage hinaus seine Erfahrungen auf dem Gebiete der Agitation im allgemeinen mitzuteilen. Der Kongress beschloß in der Sache alszann wie folgt:

„In der Erwägung, daß es zwar keine absoluten Regeln gibt, welche die Grenzen zwischen den Gewerkschaften bestimmen, daß aber die Holzindustrie in der Gesamtheit ein abgeschlossenes Gewerbe bildet, in welchem die Arbeiter vielfach heute in einer Bautischlerei, morgen in einer Möbelfabrik oder gar bei der maschinellen Herstellung von Möbeln arbeiten müssen, beauftragt der Kongress die Delegierten des Verbandes in der Kommission Syndicale, gegen die Aufnahme von Holzarbeitern in andere Gewerkschaften Protest einzulegen. Das Exekutivkomitee des Verbandes wird beauftragt, in allen Städten mit einer genügenden Anzahl von Holzarbeitern eigene Ortsgruppen zu errichten, sowie mit den in Betracht kommenden anderen Gewerkschaften zwangsübertritten, deren angehörigen Holzarbeiter in Verbindung zu treten.“

Um die Agitation zur Gewinnung aller Holzarbeiter nach Kräften zu fördern, ist das Exekutivkomitee beauftragt, einen oder mehrere Kollegen zu bestimmen, welche die Agitation in beiden Teilen des Landes (dem französischen und dem flämischen) zu betreiben haben. Außerdem sind die Ortsgruppen verpflichtet, in ihre örtliche Agitation auch die Umgebung mit einzubeziehen.

Zu Beginn des zweiten Tages gelangte der Hauptpunkt der Tagesordnung, die Frage der Zentralisation des Verbandes zur Verhandlung. Hierzu erstattete der Kollege Vandermissen Brüssel das einleitende Referat und trat mit Entschiedenheit und guten Gründen für die Umwandlung der jüngsten losen Zentralisation in einen Zentralverband nach deutschem Muster ein. Als dann erwies sich, daß die allgemeinen Erörterungen über den Wert der zentralistischen Organisationsform, die seit einiger Zeit in den belgischen Gewerkschaften stattgefunden haben, diese Frage schon vor dem Kongress sprachreif machen ließen. Denn mit zwei Delegierten nahmen in dieser Frage überhaupt das Wort, und zwar in austimmendem Sinne, dann folgte die Abstimmung, in welcher der Kongress sich einstimmig für die Zentralisation erklärte.

Schwieriger war die Frage, welche Unterstützungsvereinrichungen der Verband einführen und insbesondere wie hoch der Beitrag bemessen werden sollte. Von der Verbandsleitung waren einige provisorische Vorschläge ausgearbeitet, welche im Höchstfall einen Wochenbeitrag von 50 Ct. vorsahen, wofür dann gewährt werden sollten eine Streitunterstützung von 2,50 Fr. pro Tag, Arbeitslosenunterstützung 1,50 täglich für 80 Tage, Krankenunterstützung 1,50 täglich für 80 Tage, Sterbegeld nach 1 Jahr 10 Fr., nach 5 Jahren 15 Fr., nach 10 Jahren 25 Fr., Altersunterstützung alle drei Jahre 5 Fr. Ohne die Krankenunterstützung deren Einführung statthaft gesetzt, sollte nach diesem Vorschlag der Wochenbeitrag 40 Ct. betragen. Jedoch war, wie gesagt, in den erwähnten Vorschlägen ein noch niedrigerer Beitrag vorgegeben. Einen Wochenbeitrag von 50 resp. 40 Ct. zahlen gegenwärtig die Kollegen in Gent, in Brüssel beträgt derselbe 50 Ct., in Antwerpen 85 Ct., wofür dagegen eine verhältnismäßig hohe Krankenunterstützung gewährt wird.

In der ausgedehnten Debatte wurden die bekannten Befürchtungen, daß ein Beitrag in der erwähnten Höhe die Organisation an den einzelnen Orten schädigen würde, von einer Anzahl Delegierten vorgetragen, während aber

eine Gegnerschaft gegen die Unterstützungen nicht aufgetreten. Ein endgültiger Besluß wurde noch nicht gefasst, sondern das Exekutivkomitee beauftragt, zunächst einen vollständigen Statutenentwurf auszuarbeiten. Der Entwurf ist innerhalb drei Monate den Ortsgruppen zur Beratung zu stellen, welche alsdann ihre eventuellen Abänderungsanträge einzureichen haben. Darauf soll das Exekutivkomitee einen außerordentlichen Kongress einberufen, der noch vor dem 1. Januar 1912 stattfinden muss, um die endgültige Entscheidung zu fällen, so daß die praktische Durchführung der Zentralisation an diesem Datum vor sich gehen kann.

Die übrigen Verhandlungsgegenstände boten weniger allgemeines Interesse, wie können auch aus Rücksicht auf den Raum nicht näher auf dieselben eingehen. Der ganze Verlauf des Kongresses war ein höchstfriedender, welcher Meinung auch Kollege Leipart, in Erwiderung der Damlesworte des Vorsitzenden für seine Mithilfe, in seiner Schlussrede zum Ausdruck brachte.

Am Tage nach dem Kongress fand dann noch eine Vertretermannerversammlung der Holzarbeiter von Brüssel statt, in welcher Leipart, einem diesbezüglichen Wunsche entsprechend, über deutsche Verhältnisse einen Vortrag hielt, der von den zahlreich erschienenen Kollegen mit großem Interesse aufgenommen wurde.

Agitationsberichte.

Gau Steittin. Kollege Metthner, Frankfurt a. O. hat den Eindruck gewonnen, als wenn die Kollegen in vielen Orten dieses Gau es in dem Heimatgerichten und Steinbauerlichen Milieu untergingen. Die Versammlungen wiesen nur in sechs von 17 Bahnhöfen mehr als die Hälfte der Mitglieder auf. Prozentual am besten waren diese in Lassan und Neustrelitz vertreten, während in Steittin sich von 1200 nur 160 Mitglieder eingefunden hatten. Besonders vermisst hat der Redner überall die Frauen der Mitglieder. In Stralsund kam es mit den Kollegen zu einer längeren Aussprache über die diesjährige Tarifbewegung, wobei die Diskussion wesentlich zur Klärung der Ansichten beigetragen haben dürfte. In Wolgast spielten die Gewerkschaften mit dem Fabrikarbeiterverbande in die Versammlung hinein. Neben 40 unserer Mitglieder waren ebenso viele dieses Verbandes anwesend. Die Diskussion ließ hier erkennen, wie verhängnisvoll es werden kann, wenn Organisationen in Betrieben Mitglieder werben, für die sie nicht zuständig sind. Hier gehören in einer Fabrik etwa 80 Kollegen unserem Verbande, etwa 120 Maschinen- und Hilfsarbeiter dagegen dem Fabrikarbeiterverbande an. Die Fabrikarbeiter stehen gegenwärtig in einer Lohnbewegung, während unser Vertrag noch bis Mai 1912 läuft. Bei dem Hinweis auf die aus solchem Zwitterverhältnis entstehenden Gefahren bei Lohnkämpfen, wie dem Range der einen Gruppe ebenfalls mit Streikbrechern zusammen zu arbeiten, erklärte der ansässige Ortsbeamte der Fabrikarbeiterburg, er solle mit der Fabrik ohne Rücksicht auf uns einen Vertrag bis 1913 ab, wir könnten machen was wir wollen. Das zeigt, welche unangenehmen Begleiterscheinungen diese Zustände zeitigen können. Kollege Reichert ist seiner Meinung, daß es darüber hinaus im Steittiner Gau noch ein großes Gut Arbeit für uns gibt. So ist z. B. unter den 250 Arbeitern einer Stuhlfabrik in Golnow kaum ein einziger organisiert. Auch muß für die Erziehung der schon vorhandenen Mitglieder zu überzeugen, daß sie Arbeiterkämpfe anbelangt, so ist verschiedenlich noch eine sehr lange Arbeitszeit anzutreffen. Die Maschinenarbeiter arbeiten in vielen Orten noch 11 Stunden.

Gau Hannover. Kollege Schnepenhorst-Münzenberg schreibt: Die Versammlungen waren im allgemeinen gut besucht, nur in Hameln lag der Versammlungstag so ungünstig wie nur möglich. Das ganze Städtchen war durch den Karnevalstag durcheinander. Die Versammlung sollte um 8 Uhr stattfinden, aber der Karnevalstag und das schöne Wetter hielten unsere Kollegen dorthin in Anspruch genommen, doch die Versammlung nicht abgehalten werden konnte. Wenn dem Rattenfänger von Hameln so viel Natten nachließen und nach der Flöte tanzen, so haben die Kollegen von der Bahnhofste Hameln noch lange keinen Grund, nunmehr auch den Karnevalstagsverläuferrinnen nachzulaufen und nach der patriotischen Pfalz-Sprüche zu machen. Der Eindruck, den ich von den Kollegen der anderen Bahnhöfen hatte, war um so besser, allüberall herrschte ehriges Bestreben, wenn auch das Temperament der Versammler viel zu wünschen übrig ließ. Nur in Kassel schien mir die Kollegen nicht so stieflämmen zu sein wie in manchen Orten. Etwas mehr Feuer und Leidenschaft wird wohl erst in die Versammlungen kommen, wenn die Redner fernherin ihre Thematik selber wählen können. In dieser Hinsicht ist die Anregung des Kollegen Schred zutreffend. Agitationsversammlungen müssen länger vorbereitet und bekannt sein, dann aber auch zu einer Zeit stattfinden, die einen zahlreichen Besuch erwarten läßt.

Kollege Wilhelm Gullh. Berlin hat eine Reihe von Bahnhöfen in Westfalen und im Kreis Lippe besucht. Die Ortsverwaltungen hatten in allen Bahnhöfen gut vorgearbeitet und für genügende Bekanntmachung der Versammlungen gesorgt. Trotzdem war der Besuch in den meisten Fällen sehr mäßig. Am schlechtesten war derselbe in Bielefeld, wo von über 1000 Mitgliedern nur 75 in der Versammlung waren, auch in Lemgo waren nur 15 Kollegen erschienen, was wohl darin seinen Grund haben dürfte, daß die Versammlung Sonntagnachmittag um 5 Uhr stattfand und gerade herrliches Wetter war. In einigen Orten, wie Osnabrück, Minden und Paderborn war der Besuch leiderlich. In Minden waren auch einige unorganisierte erschienen, die sich in den Verband aufnehmen ließen. Als Grund für den schwachen Besuch der Versammlungen wurde von den meisten Verwaltungen angegeben, daß die Kollegen großenteils etwas Kaufmannschaft neben ihrer Verarbeit betreiben. Da nun gerade im Mai am meisten auf dem Lande zu tun sei, so seien sie nicht in die Versammlungen zu bringen. Es dürfte daher auch angebracht sein, daß man für die Zukunft den Verhältnissen in dieser Gegend Rechnung trägt und derartige Versammlungen vielleicht im März oder Oktober

Warnung vor Zugang!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel bestätigt sein.)

Zugang ist fernzuhalten von:

Tischlern, Maschinisten und Hilfsarbeiten nach Altenwiedingen (Bureaumöbelfabrik), Aue i. Erzgeb., Bonn (Pianofabrik Kühling), Dannenberg (Schiffbauwerft), Diepholz, Dicken am Ammersee (Krüth und Konriner), Elberfeld-Warmenau (Webschuhmacher), Eppendorf (Wilsches Oehls), Fiddichow (Haberland), Flinsterwalde (Weise), Forst i. L. Gollnow i. Rumm., Hamburg, Holzminden (Chronius und Saemann), Kall bei Köln a. Rh. (Schwamborn), Kamenz, Kaufbeuren, Leubsdorf i. Sa., Liegnitz, Münster i. W. (Fleide, Averding), Neustadt i. Westfalen, Oerberg i. W. (Möbelfabrik Teichert), Oranienburg, Osnaabück (Nawie), Parchim, Pasewalk, Schlawe i. Pomm. (Max Heinig), Singen (Amt Konstanz), Weinheim (Wosch u. Co.), Werbau (Waggonsfabrik), Wolsenbüttel, Worms, Büllighausen (Waggon- und Möbelfabrik Berdeman), Bozen i. Tirol, Hirschbach bei Ding a. Donau, Zugern i. Schweiz.

Mäbiermachers nach Gera M. j. L. (Späthe), Osnaabück (Nawie).

Modelltischlern nach Erfurt (Trenk und Löffel), Gelsenkirchen (Schalter Gruben- und Hüttenverein), Bützow, Schwerin (Schneller).

Parfümetern nach Berlin, Dresden (Heine), Hamburg-Altona, Leipzig (Firma W. Schulze, Inhaber O. Elbinger).

Korbmachern nach Wulsdorf.

Stellmachern nach Cöthen i. Anh. (Hofwagensfabrik Hoffmann u. Schulze), Werbau (Waggonsfabrik).

Stockarbeitern nach Wald i. Nhd. (Karl Breithaupt), Drechsler und Polsterern nach Meinfeld i. Hörsle, Wallershausen i. Th. (Pfeifensfabrik Thieme), Büllighausen (Berdemann).

Stuhlbauern, Dreßlern, Polterern und Maschinenarbeiter nach Aue i. Erzgeb., Nabbenau, Groß- und Kleinolfa.

Koffermachern nach Berlin.

Sägern und Hilfsarbeiten nach Borna (E. Hering), Weissenstadt.

Asperg war die Versammlung nicht genügend vorbereitet. Auch in Ludwigsburg und Bussenhausen hätten die Versammlungen einen besseren Besuch aufweisen dürfen, besonders im lebhaften Orte, wo 100 Proz. der beschäftigten Kollegen im Holzarbeiterverband organisiert sind. In Steinheim war die Versammlung gut besucht. In Badenhausen rühmen sich die Kollegen der guten Organisation. Die Versammlung hätte aber besser besucht sein dürfen. Viel Arbeit, um den herrschenden Indifferenzismus zu besiegen, gibt es noch für unsere Kollegen in Marbach am Neckar, Reutlingen, Tübingen, Spaltungen und Gladbach; dazu ist aber von den dortigen Kollegen mehr Wille notwendig, als sie solchen bis jetzt an den Tag legen. Eine Durchgangsstellung für Holzarbeiter bildet Friedrichshafen; es sind dort auch nur wenige Kollegen beschäftigt, doch war die Versammlung verhältnismäßig am besten besucht. In Ravensburg und in Göppingen konnte keine Versammlung stattfinden, dagegen waren hübsch verlaufene Versammlungen in Ulm und in Überach zu verzeichnen. Nicht Ende gut, alles gut, sonnte von der Zentrale des Stuttgarter Gaues, der Zahlstelle Stuttgart selbst, gefragt werden, denn obwohl am gleichen Abend die schwäbische Bürgermeisterwäsche in einer Parteiversammlung zum Auftakt kam und daran viele unserer Kollegen interessiert waren, mehr als 200 bis 250 Kollegen hätten immerhin ihre Berufsversammlung besuchen dürfen. Als Resümee der ganzen Tour wäre zu bemerken, verschiedentlich konnten in den Versammlungen indifferente Kollegen als Mitglieder dem Verband zugeführt werden. Doch dürfte dieses Ergebnis die Kosten der Tour nicht aufwiegen. Ein anderer Vorteil kommt dabei noch mit in Frage und dieser dürfte als sehr wesentlich bezeichnet werden. Unsere Kollegen werden zu neuer Tätigkeit angeregt. Dann kommen vielleicht jene faulen Kollegen in diese Versammlungen, die sonst ihre regelmäßigen Berufsversammlungen nie besuchen. Diese werden doch dann auf diese Weise wenigstens einmal mit dem Wirken des Verbandes vertraut gemacht und so unser Verband neben der Außenseite auch nicht kraftlos nach innen ausgebaut. Ein Umstand der nicht unbeachtet bleiben darf

Entscheidungen gefällt, aber auch die Beobachtung gemacht, daß verschiedene Genossenschaften gegen den klaren Wortlaut der Tarifverträge verstochen haben. Es wird dem Tarifamt nichts übrig bleiben, als solche Genossenschaften, die keine Lehre annehmen wollen, als kraftlosig zu verurteilen. Zurzeit sind 95 Proz. der dem Zentralverband angeschlossenen Betriebe tarifiert. Am Anschluß an den Ausschuß berichtet, der ebensfalls von v. Elm eröffnet wurde, stellte ein sachlicher Delegierter die Frage, wie sich der Ausschuß zu der später auch in Aufsicht erschienenen Artikelserie des Generalsekretärs Kaufmann stelle, der gegenüber den Resolutionen der sozialdemokratischen Kongresse in Kopenhagen und Magdeburg eine überneutrale Stellung einteilte, die in einem großen Teil der Genossenschaften, besonders in Sachsen, Missstimmung erregt habe. Die Antwort v. Elms lautet dahin, daß er mit den von Kaufmann vertretenen Theorien zwar nicht immer übereinstimmt, aber grundsätzlich besteht keine Meinungsverschiedenheit. Die Genossenschaftsbewegung an sich ist kein Klassenkampf, ihr Grundsatz ist unbedingte Neutralität. Durch die Stellungnahme des Generalsekretärs wird die Bewegung nicht geschädigt, deshalb hat auch der Ausschuß keine Veranlassung, einzutreten.

Die ausscheidenden Vorstände und Ausschüsse mitglieder wurden alsdann wiedergewählt und beschlossen, den nächsten Genossenschaftstag in Berlin abzuhalten.

Mit dem Genossenschaftstag verbunden war eine Konsumgenossenschaftliche Ausstellung. In der Hauptsaale sind Modelle von Betrieben, Photographien, Pläne, Skizzen, Tabellen und natürlich Produkte aus den Eigenproduktionsbetrieben der Großindustriegesellschaft und der Verlagsanstalt des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine ausgestellt, doch haben sich auch einzelne Genossenschaften mit Modellen, Plänen usw. beteiligt. Ursprünglich hatte die Absicht bestanden, sich mit diesen Sachen an der Internationalen Hygieneausstellung zu beteiligen. Nachdem aber den Gewerkschaften die Beteiligung an dieser Ausstellung unmöglich gemacht war, haben auch die Konsumgenossenschaften davon Abstand genommen. Um die Vorarbeiten nicht vergeblich gemacht zu haben, wurde beschlossen, diese Sonderausstellung zu veranstalten.

Mittelalterliches aus Bayern. Das Polizeistrafgesetzbuch für das Königreich Bayern enthält folgenden wunderlichen Paragraphen, der tatsächlich noch in Kraft ist:

"Handwerksgesellen, Gewerbsgehilfen, Lehrlinge und Fabrikarbeiter, welche den sogenannten blauen Montag feiern, werden an Geld bis zu 45 Mt. oder mit Haft bis zu 8 Tagen bestraft. Die Bestimmungen seien auch für hartnäckige Ungehorsam oder Widerstreitigkeit gegen berechtigte Anordnungen oder Aufträge der Arbeitgeber oder deren Stellvertreter und größliche Verleumdung der schuldigen Achtung die gleiche Bestrafung vor, ebenso wenn ohne genügenden Rechtfertigungsgrund zur bedungenen Zeit nicht in Arbeit oder vor Ablauf der bedungenen Zeit aus der Arbeit getreten wird, oder eine Entziehung von der Arbeit an den dazu bestimmten Tagen oder Stunden erfolgt."

Als das Einführungsgesetz für das Bürgerliche Gesetzbuch im bayerischen Landtag verlesen wurde, beantragten die Sozialdemokraten die Beseitigung dieses Mistes; die Bestimmung wurde aber beibehalten dank der Liberalen, die sich von einem solchen Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter nicht trennen wollten. Tatsächlich ist diese Bestimmung auch wiederholt angewendet worden. Jetzt beginnt es aber auch der bayerischen Regierung zu dämmern, dass die Aufrechterhaltung solch vorsätzlicher Bestimmungen dem Staatswesen nicht gerade zur Ehre gereicht. Sie will den Blauen-Montags-Paragraphen abschaffen, aber sie traut sich noch nicht recht. Vorerst werden deshalb Erhebungen vorgenommen.

Soweit der "blaue Montag" in Betracht kommt, hat die Bestimmung ohnehin keine nennenswerte praktische Bedeutung mehr, da ja diese Unfälle in dem gleichen Maße verschwindet, als sich die Gewerkschaften ausbreiten. Über die übrigen Bestimmungen des Paragraphen, durch welche die Arbeiter unter eine Art Besinderecht gestellt werden, sind so aufreizend, daß man sich eigentlich wundern muß, daß sie bisher geduldig ertragen wurden. Jetzt, wo die Existenz dieses entwürdigenden Gesetzesparagraphen der Arbeiterschaft in Bayern wieder in Erinnerung gebracht wurde, wird sie wohl dafür sorgen, daß er endgültig weggefegt wird, wenn auch die Umfrage der Regierung ergeben sollte, daß es noch Rückwärtler gibt, denen ob eines solchen Gedankens die Böpfe wackeln.

Der diesjährige sozialdemokratische Parteitag wird in der Zeit vom 10. bis 17. September in Nürnberg stattfinden. Die provisorische Tagesordnung lautet: 1. Geschäftsbereich des Parteivorstandes. Berichterstatter: H. Müller und Fr. Ebert. 2. Bericht der Kontrollkommission. Berichterstatter: A. Norden. 3. Parlamentarischer Bericht. Berichterstatter: A. Ged. 4. Die Reichsversicherungssordnung. Berichterstatter: H. Wolkenbuhr. 5. Die Reichstagsswahl. Berichterstatter: A. Bebel.

Vor dem Parteitag, am 8. und 9. September, wird die Frauenkonferenz tagen. Die vorläufige Tagesordnung lautet: 1. Geschäftsbereich des Frauenbundes. Berichterstatterin: D. Baader und L. Bies. 2. Die Frauen und die Reichstagswahl. Berichterstatterin: Clara Zetkin. 3. Die Frauen und die Gemeindepolitik. Berichterstatterin: Clara Welt.

Gesellschaft für genossenschaftliche Kultur. Die seit etwa 2½ Jahren bestehende "Kulturgesellschaft Ernst Abbe" hat auf ihrem ersten Gesellschaftstage, der am 20. Juni im Leipziger Volkshause abgehalten wurde, beschlossen, sich in eine "Gesellschaft für genossenschaftliche Kultur" umzuwandeln. Die neue Vereinigung bezweckt im besonderen: erstmals die Ausbreitung und Verleidung genossenschaftlicher Ideen im gesamten Wirtschafts- und Kulturreben im Geiste des Wahlspruchs: "Alles für das Ganze und meinen Vorteil nur durch das Ganze", zweitens die Anregung zu gleichgerichteter genossenschaftlicher Praxis und drittens die Ausgestaltung ihrer Zeitung "Genossenschaftliche Kultur" zu einem un-

unterminnt, denn die Kollegen sind vielfach infolge der schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse direkt dazu gezwungen, nebenbei etwas Landwirtschaft zu betreiben, um ihre Familie besser ernähren zu können. Die Disziplin war in allen Versammlungen eine mustergültige, und die erschienenen Kollegen erwiesen sich überall als aufmerksame Zuhörer. Eine Diskussion fand ja nirgends statt. Der Verlauf der Versammlungen berechtigt zu der Hoffnung, daß trotz des mäßigen Besuches diese Veranstaltungen nicht unklos waren und zur Stärkung der Organisation beitragen werden.

Gau Stuttgart. Dem Kollegen Dietrich-Preslau waren als Agitationsgebiet vornehmlich die Zahlstellen im badischen Schwarzwald und im Elsass zugewiesen. Die ungünstigen Arbeitsbedingungen, die er vielfach vorfand, veranlassen ihn zu der Bemerkung: Man kann schwer versichern, wie inmitten einer Gegend, die mit den herrlichsten Landschaften reizend ist und wo von hunderten Vergnügungsreisenden aus aller Herren Länder der Segen der Arbeit in Überfluss und Luxus den Kollegen tagtäglich vor den Augen spazieren getragen wird, dieselben in langer Fron mit langer Lohn ihr Leben in lärmiger Weise hinbekommen mögen, ohne sich aufzuraffen, um durch den Verband mit kräftiger Hand ihr Geschick zum Besseren zu gestalten. Der Versammlungsbesuch ließ namentlich in den kleineren Zahlstellen allgemein zu wünschen übrig. Für den sonstigen Versammlungsbesuch ist es jedenfalls sehr bezeichnend, wenn in verschiedenen Orten die Lokalverwaltung bei der Anwesenheit der Hälfte bis drei Viertel der Mitglieder ganz übertrahlt war von dem "guten" Besuch. Bei 80 am Ort beschäftigten Kollegen und 25 Mitgliedern schnitt Gaggenau mit neun Versammlungsbesuchern zahlenmäßig am schlechtesten ab, während in Miltenhausen der Besuch durch die erwartete Künstler-Auftritte und die Fahnenweihe des Arbeiter-Turnvereins stark beeinträchtigt war. Vielfach wurde geltend, daß die Kollegen für die Sportvereine mehr Interesse besaßen als für den Verband, was sicher ein großer Fehler ist, der diesen Kollegen selber sehr leicht empfindliche Nachteile bringen kann. Wenn ja schließt der Bericht, auch die Verhältnisse in den befudeten Orten nicht befriedigen können, so habe ich doch fast überall einen tüchtigen begeisterten Stammbaum von Kollegen gefunden, die Gewähr dafür bieten, daß es auch in dieser Ede vorwärts gehen wird. Wenn, was ich hoffe, meine Ausführungen zu neuer tatkräftiger Werbearbeit beigetragen haben, so dürften auch diese Versammlungen nicht zwecklos gewesen sein. Ausdauer und Beharrlichkeit muß auch hier die Kollegen zum Biele führen!

Kollege Schiemer-Girth hat in einer Reihe von Versammlungen in Württemberg referiert. In Heilbronn a. N. waren circa 150 Kollegen in der Versammlung erschienen. In Bremen sind 200 meist in den Sägereien beschäftigte Kollegen vorhanden, davon 20 bei uns organisiert; 12 besuchten die Versammlung. In

abhängigen monatlichen Diskussionsorgan für genossenschaftliche Entwicklung und Streitfragen.

Dem Vorsitz der Gesellschaft gehören neben anderen an die Herren: M. O. Baede, Dozent, Berlin; Leopold Katsch, Wollwirtschaftler, Augsburg; Prof. Rob. Willbrandt, Tübingen; Prof. Toennies, Hildesheim; Dr. Imave, Prag; A. Eßchner, Optiker, Jena. Der Vorstand wird gebildet aus den Herren: Chefredakteur Peter, Dessau; Dr. Holz, Klinenmühle i. Th. und P. Treuen, Ingenieur, Zschienau bei Berlin, Mittelstraße 7. Von leggenannten Adressen können Interessenten gegen Einsendung von 10 Pf. die Versandkosten ausführliche Drucksachen erhalten.

Eine Bauarbeiterkonferenz für die Provinz Pommern findet am 18. August, vormittags 10 Uhr, im Volkshaus zu Stettin, Gr. Oberstr. 18/20 statt. Auf der Tagesordnung steht: Der Bauarbeiterkongress in Pommern und das Übernachtungswesen bei der Landarbeit. Zur Teilnahme berechtigt sind die der Sektion 8 der Nordostdeutschen Baugewerbeverbandsgenossenschaft unterstellten Berufe. Anfragen der Vereine sind an die zuständigen Bauvorsteher zu richten. Die Zahlstellen des Deutschen Holzarbeiterverbandes wollen sich an den Kollegen Richard Faltenberg in Stettin wenden.

Verbandsnachrichten

Voranntmachungen des Vorstandes.

Nachfolgenden Zahlstellen wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrages erlest, wonach der Gesamtbeitrag ab 1. Juli beträgt in Merseburg 75 Pf., Schönwalde 70 Pf., Schwerin 65 Pf., Thalheim 70 Pf., Waltershausen 70 Pf., Wendelstein 65 Pf.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnr. ist der 28. Wochenbeitrag für das Jahr 1911 fällig geworden.

Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

12087 Paul Nierad, Tischler, geb. 8. 6. 68 zu Theidt.
293504 Konrad Hofmann, Tischler, geb. 15. 4. 60 zu Brandenburg.
301380 Rudolf Arndt, Tischler, geb. 17. 9. 76 zu Herzberg.
472154 Herm. Machals, Tischler, geb. 11. 4. 91 zu Schaffstedt.
474582 Will. Höhn, Tischler, geb. 6. 9. 90 zu Greifswald.
498849 Herbert Behrendt, Tischler, geb. 7. 4. 92 zu Breslau.
504995 Ernst Schwartz, Polizist, geb. 21. 10. 69 zu Darmstadt.
523756 Eric Eichhorn, Modelltischler, geb. 6. 9. 86 zu Peitz.
528288 Otto Weisse, Tischler, geb. 18. 8. 77 zu Wittenberge.
528205 Freund Lorenz, Tischler, geb. 28. 10. 54 zu Dötschenbach.
542448 Robert Weiß, Maschinenarbeiter, geb. 18. 8. 88 zu Kreuzberg.
560627 Paul Samich, Tischler, geb. 26. 6. 90 zu Neisse.

Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Der Verbandsvorstand.

Korrespondenzen.

Aibling. Schlechte Lohn- und Arbeitsverhältnisse und Indifferenzismus der Arbeiter sind zusammengehörige Begriffe. Diese Tatsache kann man besonders auch bei den Sägern im bayerischen Oberland täglich beobachten. Obwohl die Sägereien sich allerorts die öftständige Arbeitszeit mit Hilfe des Verbandes erlämpft haben, frenen die Arbeiter in den Sägern eben noch 65 und 70 Stunden die Woche. Den Meßordnung darf in dieser Hinsicht jedoch das Sägewerk von Dörfles in Oberstein bei Feilnbach erreichen, dort beträgt die wöchentliche Arbeitszeit 102 Stunden! Es wird in zwei Schichten gearbeitet, die eine Schicht fängt morgens 7 Uhr an und arbeitet bis nachts 12 Uhr. Die andere Schicht beginnt die Arbeit nachts 12 Uhr und arbeitet bis anderen Tages abends 5 Uhr. Diese Arbeitszeiten werden nur durch die kurzen Mahlzellen unterbrochen, da die Leute in kost beim Arbeitgeber stehen. Für solche Arbeitsleistung wird ein Wochenlohn von 8 bis 10 Pf. bezahlt. Unwillkürlich drängt sich da die Frage auf: „Wann endlich werden auch die Arbeiter in den Sägern ihren Kampf um Besserung des selben aufnehmen?“

Auerbach i. Vogtl. Der Versammlungsbesuch läuft gegenwärtig recht zu wünschen übrig. Kaum der vierte Teil der 80 Organisierten erscheint regelmäßig. Außerdem wird den Unterlassern die Beitragseinziehung oft unmöglich erscheinen. Mögen alle bedenken, daß Restanten bei vor kommenden Differenzen keine Unterstützung erhalten können. Besonders lau sind die Kollegen des Seidenfabrikations. Bei der Schwierigkeit hier ein Versammlungslokal zu bekommen, sollten alle Kollegen ihren Verkehr auf eben dieses Lokal konzentrieren.

Berlin. (Stellmacher.) Obwohl die übrigen Branchen der Wagenbauanstalt lange günstiger stehen, so sieht es doch bei den Stellmachern doch sehr traurig aus. Die Arbeitsjäke sind meist so bemessen, daß es gar nicht möglich ist, einen auskömmlichen Lohn dabei zu verdienen. Wird aber manchmal durch übermenschliches Arbeiten noch Überzeitlich herausgeschafft, so wird er nicht ausgezahlt, sondern für die kommende Woche vorgeschrieben. Hat nun ein Kollege viel Reste in seinem Lohnbuch zu verzeichnen, so wird ihm für die folgenden Arbeiten noch ein schlechterer Preis festgesetzt, damit ja sein schwer verdienter Erfordernisdruck verdunstet wird. Nur für diejenigen sind dort bessere Zustände, welche mit den Meistern großgewachsen sind und dafür sorgen, daß Kollegen, welche um ihre Rechte kämpfen, immer wieder hinausfliegen. Die neu eingestellten Kollegen müssen sich alles Werkzeug selbst halten. Es wird ihnen weiter nichts als eine Hobelbank, ein Kleiderspind und ein Raum zum Arbeiten zur Verfügung gestellt. Sodann bleiben sie nach überlassen, ohne daß bei der Erfordernis ein Lohn garantiert wird. Als Arbeiterausübung fungiert immer noch der Stellmacher Anton, der einfach von Herrn Lange zu ernannt worden ist. Die Arbeitszeit beträgt in diesem Betriebe noch 54 Stunden, trotzdem die übrigen Wagen-

fabriken nur 58 Stunden und weniger arbeiten. Als nun die Arbeiter auch die Arbeitszeit verlängern wollten, wurde ihnen eine halbe Stunde pro Woche bewilligt, die bezahlt werden sollte, was aber nicht geschah. Auch Strafgelder sind dort an der Tagesordnung. Es wird wohl die höchste Zeit, daß sich die Stellmacher dort alle dem Holzarbeiterverband anschließen, damit derartige Ungerechtigkeiten nicht mehr vorkommen können.

Göthen. (Stellmacher.) Die Niema Hoffmann u. Schulze sucht mit den organisierten Arbeitern aufzutreten und kündigte zunächst einem Mastenmacher, vier weitere Kollegen erklärten sich solidarisch, worauf auch ein organisierte Gattler den Betrieb verlassen mußte. Inbetrieb befinden sich neue Stellmacher nur sparsam ein, und Herr Schulze geht, da die Annoncen nicht recht gleichen, per Automobil auf die Suche. Am Nachbarstädtchen Calbe angekettet er denn auch einen Mastenmacher und einen Mastenmacher. Über weh, beide waren organisiert. Als diese Kollegen Kenntnis von den Vorgängen erhielten, fingen sie gar nicht erst an. Die Niema schickte nun wieder verlorende Annoncen in die Welt. Die Kollegen wollen sich nun, ehe sie nach Göthen kommen, bei der Ortsverwaltung orientieren, damit sie nicht zum Verdater an der Arbeitssuche werden.

Dresden. (Stellmacher.) Unsre letzte Sitzungsversammlung beschloß einstimmig, den Hauptvorstand um Aufhaltung einer Branchenkonferenz zu ersuchen.

Diese Konferenz sollte aber das ganze Gebiet unseres Verbandes umfassen. Als Hauptpunkte wären wohl Organisation und Agitation zu sehen. Gerade die Dresden Stellmacher haben unter starkem Zugriff indifferenter Kollegen zu leiden. Es sind dies immer junge Leute aus Schlesien und Böhmen, die aus Unkenntnis der Verhältnisse den Tarif nicht innehalten. Es müßte deshalb auf der Konferenz dahin gewirkt werden, mehr Agitation außerhalb zu betreiben. Die Konferenz ist wohl der beste Ort, wo sich die Stellmacher mit dem Hauptvorstand darüber ansprechen können. Auch die Verhältnisse im jüngsten Zweig der Stellmacherbranche, dem Karosseriebau, müßten auf der Konferenz eingehend erörtert werden. Desgleichen die Waggonfabrikbetriebe. Wir glauben wohl, daß die Konferenz von Nutzen ist und gute Früchte tragen wird.

Galle. Die letzte gut besuchte Versammlung der Stellmacher besuchte sich mit einer Zusammenkunft der Kollegen der umliegenden Städte wie solche von den Leipziger Kollegen geplant war. Nach lebhafter Diskussion war man allgemein der Ansicht, daß eine allgemeine Stellmacherkonferenz wohl am vorteilhaftesten sei. Begründend wurde dabei angerichtet, daß die zwischen Unterschiede der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Karosseriefabriken unbedingt nach einer allgemeinen Regelung drängen. Es wurde auch lebhaft bedauert, daß die Zentralcommission die Allordpreise in der Broschüre (Die Betriebs- und Arbeitsverhältnisse in den Karosseriebau-Werstätten) nicht mit bearbeitet hat. Auch in den Lohnbewegungen der Waggonfabrikten müßte eine Änderung dahingehend eintreten, daß nicht wie jetzt die Kollegen einer einzelnen Fabrik schwere Kämpfe führen müssen. Die ganze Waggonindustrie müsse ins Auge gefaßt werden. Ferner müsse dem Rücksprung der ganzen Verkehrsverhältnisse unbedingt Rechnung getragen werden; auch die Fertigung der Verspanne schlägt in das Stellmachers Fach. Die Konjunktur muß wahrgenommen werden, ehe es zu spät ist, und dazu dürfte eine allgemeine Stellmacherkonferenz zweckmäßig sein.

Höhr. Der Beschäftigungsgrad ist hier nicht immer ein gleichmäßiger. Es empfiehlt sich daher, für Kollegen, die hier in Arbeit treten wollen, sich jeweils zuvor bei der Ortsverwaltung zu erkundigen.

Koblenz. In der letzten Zeit ist es häufig vorgekommen, daß den reisenden Kollegen in verschiedenen Orten, wie Frankfurt a. M., Köln usw. gesagt und auch weiter gegeben wurden, daß der Fremdenverkehr für Koblenz sich in der Götzenstraße befindet. Dies ist nicht richtig, sondern nur eine Spekulation des betreffenden Peßlers. Das Gewerkschaftskarree und die freien Gewerkschaften haben mit der Herberge in der Götzenstraße keinerlei Verbindung, sondern nach wie vor kommt als Centralherberge und Verkehrslokal nur die Wirtschaft „Zur Karlsburg“, Wölfergasse 2/4, in Frage, und ersuchen wir die organisierten durchreisenden Arbeiter, nur dort zu verkehren.

Lipzig. (Maschinenarbeiter.) In einer am

13. Juni stattgefundenen Vertrauensmännerprüfung beschäftigten sich die Kollegen mit dem Antrag der Berliner Kollegen auf Aufhaltung einer Maschinenarbeiterkonferenz.

Allenthalben kam der Wunsch zum Ausdruck, daß etwas geschehen müsse, um die traurigen Zustände, wie sie in den einzelnen Städten und Betrieben bestehen, zu beseitigen. Allerdings war man sich klar darüber, daß auch von unseren Kollegen viel gesündigt wird, zum Beispiel betreffs Organisation. Würden sich die Kollegen organisieren, sich des öfteren in Werkstatt- und Branchenversammlungen zusammenfinden, sich gegenseitig über Missstände, Lohnverhältnisse und sonstige berufliche Angelegenheiten unterhalten, es müßte mit dem Teufel zugehen, wenn die Unternehmer uns nicht Konzessionen machen müßten. Ist es doch hier am Ende in einzelnen Betrieben vorgekommen, daß die Kollegen den Unternehmer aufgefordert haben, die runde Messerwelle nicht einzuführen, mit der Begründung, weil diese für das Geschäft von Nachteil wäre. (Welch Geistesblitz!) Auch in ähnlicher Hinsicht sieht es noch sehr traurig aus. Obgleich in wenigen Betrieben Erhöhung vorhanden sind und das Dessen der Fenster nach der Straßenfront polizeilich verboten ist, machen unsere Kollegen in staubgeschwängter Luft zahllose Überstunden. Hier könnten unsere Kollegen viel tun, indem sie Überstunden solange verweigern, bis der Unternehmer ihren Wunsch auf Anbringung von Staubaugern erfüllt hätte. Zur Konferenz selbst sprachen sich die Kollegen in verschiedenem Sinne aus. Wenn jedoch die Kollegen im Reiche in der Mehrzahl für eine Konferenz sind und der Vorstand dieselbe genehmigt, sagen wir ebenfalls die Beteiligung zu. Eine Resolution fand einstimmige Annahme.

Die eine Konferenz nicht für das Altheilmittel hält, sondern hierfür eine strenge Organisation als erforderlich betrachtet. Der Vorstand wird ersehen, bei Tarifabschlüssen den Maschinenarbeitern mehr Beachtung zu schenken; ferner über Material über die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Ma-

schinenarbeiter in Broschürenform herauszugeben und in den einzelnen Gauen geeignete Maschinenarbeiter mit der Agitation heranzuziehen.

Marienburg i. Westpr. Von unserem Verband ist im Sommer 1910 ein Tarifvertrag abgeschlossen, der die 80- bis 85stündige Arbeitszeit sofort auf allgemein 80, 1912 auf 69 Stunden herabsetzt und die Löhne neben dem Ausgleich um 4 Pf. erhöht. Ebenso kam ein Mindestlohn von 32 bez. 34 Pf. zustande. Da die Gewerkschaften, die damals nur 3 oder 4 Mitglieder hatten, infolgedessen beim Abschluß nicht besonders vertreten waren, haben sie sich sehr für berechtigt, zu schlechteren Bedingungen arbeiten zu dürfen. Wie in einer öffentlichen Versammlung am 11. Juni ein Gewerksverein erklärte, geschieht dies freiwillig und absichtlich, um damit zu beweisen, daß unser Verband allein die Vertragsbestimmungen nicht in allen Werkstätten aufrechterhalten könnte. Um also sein Vorhandensein überhaupt zu beweisen, wird die Bedeutung aller Arbeiter verschlechtert. Es ist ja schon wieder festgestellt, daß die Bedeutung des Gewerksverbandes nur darin besteht, einige Erfolge zu verhindern; so ähnlich wie in Marienburg aber wird dieses Bestreben nicht immer entstehen. Wahrscheinlich ein edles Streben, zu dem die Gewerksvereinsmitglieder von ihren führen ergreifen werden.

Northheim n. O. Obgleich die Zahl der hier beschäftigten Holzarbeiter eine nur kleine ist, somit jeder einzeln Kollege bei der Agitation leicht zu erreichen wäre, ist das Organisationsverhältnis schlecht. Außer den vorhandenen Sägereiarbeitern, die infolge ihrer recht langen Arbeitszeit und ihres geringen Lohnes bislang überhaupt noch nicht für unsere Organisation zu gewinnen waren, sind kaum 80 Kollegen am Orte beschäftigt. Von den noch fernstehenden Kollegen waren die meisten bereits früher einmal Mitglieder. Die Arbeits- und Lohnverhältnisse am Orte sind aber keineswegs günstige. Bei einer 40stündigen Arbeitszeit beträgt der höchste Stundenlohn 40 Pf. Durchschnittlich erhalten erfahrene verheiratete Kollegen 84-90 Pf. Am Auftrage des Bauvorstandes war nun in letzter Zeit Kollege Wedemeyer aus Göttingen verschoben, um zu versuchen, die Kollegen der Organisation anzuführen. Während die Mitgliederzahl bis auf 8 zurückgegangen war, zählen wir jetzt wieder 14, wovon allerdings einige ausgereist sind. Es ist dringend notwendig, recht bald mit Hilfe der Organisation bessere Lohnverhältnisse zu schaffen; je eher sich die Kollegen der Organisation anschließen, desto früher wird dies geschehen können.

Quedlinburg. Die Bekämpfung der Nachstelzabendsarbeit auf eigene Rechnung war Gegenstand einer Sitzung der Schlichtungskommission, welche am 22. Juni tagte. Schon vor längerer Zeit hatte sich genannte Kommission mit demselben Gegenstand zu beschäftigen. Damals hatte der Vorstand des Gewerksvereins einen unserer Kollegen denunziert, weil er auf eigene Rechnung gearbeitet haben sollte. Das ist nach unserem Vertrag ein Grund zur sofortigen Entlassung. Den Beweis konnte der Kläger aber nicht antreten, und so verließ die Sache, wie das Hornberger Schießen. Interessant war dabei, daß der Kläger ins Feld führte: ihm liege der Sach fern, nur wolle er den Tarif festgestellt sehen und die Arbeitgeber vor Schmiedefoltern schützen. Dieses Bestreben sollen auch wir. Es ist bedauerlich, daß es einige Kollegen nicht unterlassen können, noch nach Feierabend einige Stunden zu arbeiten. Es sind uns Fälle bekannt, wo es sich um Aufträge handelt, die längere Zeit in Umlauf nehmen. In der letzten Sitzung stand nun derselbe Gewerksvereinsvorstand als Angeklagter da und wurde überführt, Arbeiten für einen Neubau auf eigene Rechnung angefertigt zu haben. Er kam aber noch gut davon. Von einer Entlassung wurde Abstand genommen, nur mußte er eine schriftliche Erklärung abnehmen, nicht wieder auf eigene Rechnung zu arbeiten. Offenkundlich wird nun der Kläger seine Taten mit seinen Worten mehr in Übereinstimmung bringen.

Stralsburg. Wir machen die Möbelschreiner von Stralsburg und den Vororten Neudorf, Königsdorf, Kronenburg, Schlichtheim, Bischheim und Höhne auf die am 1. Juli eintretende Lohnherhöhung von 2 Pf. pro Stunde aufmerksam. Falls ein Arbeitgeber sich weigert, die Lohnherhöhung zu bezahlen, ist dies sofort im Verbandsbüro, Brunnenstrasse 8, I. zu melden. Wir hoffen, daß sich kein Kollege diese Lohnherhöhung verbeigeihen lasst. Wo im Allford gearbeitet wird, sind die Allordpreishöhungen vereinbart. Siehe nach dem 1. Juli angefangene Allordarbeit ist nur zum erhöhten Preise herzustellen.

Todesfälle.

Friedrich Schabinger, 52 Jahre alt, gest. 18. April 1911 zu Neu-Eltenburg.

Magdalene Pfisterer, Kleistflarbeiterin, 25 Jahre alt, gest. 30. Mai 1911 zu Nürnberg. (Mittbettieber)

Johann Wunderlich, Parlettlegger, 41 Jahre alt, gest. 4. Juni 1911 zu Nürnberg.

Franz Schwemmer, Tischler, 34 Jahre alt, gest. zu Nürnberg.

Heinrich Hillmann, Schiffsgärtner, 24 Jahre alt, gest. 26. Mai 1911 zu Bremen. (Lungenentzündung.)

Gottlob Wöhrlin, Tischler, gest. 2. Mai 1911 zu Schlichtheim u. T. (Lungenentzündung.)

Siegfried Heidenberger, Tischler, 26 Jahre alt, gest. 5. Mai 1911 zu Görlitz. (Rheumaentzündung.)

Gustav Timm, 31 Jahre alt, gest. 26. Mai 1911 zu Bergedorf.

Friedrich Wagenführ, Tischler, 59 Jahre alt, gest. 22. Mai 1911 zu Braunschweig. (Magenleiden.)

Robert Albert, 61 Jahre alt, gest. 19. Mai 1911 zu Roda.

Reinholt Koch, Tischler, 28 Jahre alt, gest. 29. Mai 1911 zu Trepitz. (Schleppschwindsucht.)

Eduard Förster, Tischler, 70 Jahre alt, gest. 1. März 1911 zu Reichenbach.

Hermann Vollrath, Tischler, 48 Jahre alt, gest. 18. Februar 1911 zu Beilis.

Ernst Dinget, Tischler, 81 Jahre alt, gest. 24. März 1911 zu Magdeburg.

Hermann Münch, Korbmacher, 48 Jahre alt, gest. 24. März 1911 zu Bielefeld. Emil Kretschmer, Korbmacher, 31 Jahre alt, gest. 11. April 1911 zu Bielefeld. Franz Kubitsche, Tischler, 24 Jahre alt, gest. 18. Mai 1911 zu Bielefeld. Mathilde Hoffmann, Winselmacherin, 51 Jahre alt, gest. 8. Mai 1911 zu Nürnberg. Wilhelm Kühn, Holzarbeiter, 66 Jahre alt, gest. 4. Juni 1911 zu Johannegegenstadt. (Behrnschlag.) Walter Wilhelm Kubbe, Winselmacher, 34 Jahre alt, gest. 11. Juni 1911 zu Plauen. Hermann Schmidt, Tischler, 28 Jahre alt, gest. 10. Juni 1911 zu Stuttgart. (Vom Baden ertrunken.) Wilhelm Witte, gest. 11. Juni 1911 zu Essen a. d. M. Bruno Hammer, Tischler, 84 Jahre alt, gest. 1. Juni 1911 zu Görlitz. (Herzschlag.) Joh. Schneider, Weizer, 40 Jahre alt, gest. 15. Juni 1911 zu Stuttgart. (Blinddarmentzündung.) Georg Weber, Bleistiftarbeiter, 38 Jahre alt, gest. 18. Juni 1911 zu Nürnberg. Katharine Schallert, Bleistiftarbeiterin, 42 Jahre alt, gest. 21. Juni 1911 zu Nürnberg. Margarete Kohl, Bleistiftarbeiterin, 40 Jahre alt, gest. 17. Juni 1911 zu Nürnberg. Max Rieckling, Tischler, 22 Jahre alt, gest. 24. Juni 1911 zu Waldheim. Albert Wittmayer, Tischler, 39 Jahre alt, gest. 8. Mai 1911 zu Köln a. Rh. (Schwund.) Peter Sand, Tischler, 47 Tischler alt, gest. 18. Juni 1911 zu Köln a. Rh. (Herzkrankheit.) Otto Helmelmann, Tischler, 20 Jahre alt, gest. 26. Mai 1911 zu Gardelegen. (Lungenentzündung.) Lorenz Molanus, Maschinendarbeiter, 64 Jahre alt, gest. 20. Juni 1911 zu Wittenberg. (Wagenleiden.) Franz Haberdorfer, Maschinendarbeiter, 20 Jahre alt, gest. 8. Mai 1911 zu München. (Unglücksfall.) Georg Traut, Schreiner, 54 Jahre alt, gest. 21. Mai 1911 zu München. (Unglücksfall.) Mich. Spiegel, Schreiner, 31 Jahre alt, gest. 4. Juni 1911 zu München. (Schlaganfall.) Alfred Much, Maschinendarbeiter, 40 Jahre alt, gest. 8. Juni 1911 zu München. (Müdenmarktzündung.)

Unsere Lohnbewegung.

In Averrade haben die Tischler eine erfolgreiche Lohnbewegung ohne Streik durchgeführt. Durch Verhandlung ist ein vierjähriger Vertrag zustande gekommen, nach welchem am 1. Juli 1912 die Arbeitszeit von 10 auf 9½ Stunden verkürzt und der Lohn am 1. Juli d. J. um 2 Pf. und am 1. Juli 1913 und 1914 um je 1 Pf. erhöht wird. Der Mindestlohn wird mit Inkrafttreten des Vertrages auf 45 Pf. erhöht. Außerdem sieht der Vertrag eine Regelung der Überstunden und Montagsausfälle vor, wobei unsere Kollegen wesentlich besser gestellt werden. In Anbetracht der immerhin nur mäßigen Konjunktur können die Kollegen mit dem Erfolg zufrieden sein. Hoffentlich sehen die dem Verbande fernstehenden Kollegen der Orgelbauer von Bachmann nun ein, dass sie sich ebenfalls organisieren müssen, wenn sie vorwärts kommen wollen.

In Barmen haben die Wandstuhlfabrikanten Verhandlungen in die Wege geleitet mit der Maßgabe, ob dieselben nicht mit den Organisationsvertretern, sondern nur mit den streitenden Kollegen selbst geführt werden. Angestellten wollten die Arbeitgeber nur eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 58 Stunden pro Woche mit Lohnausgleich und bei Umläufen einen Aufschlag von 15 Pf. pro Stunde. In Aussicht gestellt wurde eine Lohnerhöhung von 2 Pf. von dem Zeitpunkt ab, an dem sämtliche Arbeitgeber ihrer Preiskonvention beigetreten seien, zu welcher Maßnahme die Arbeiter aber beihilflich sein sollten. Abgesehen wurden die übrigen Forderungen als Arbeitszeitverkürzung auf 54 Stunden pro Woche, Wegfall der 14-tägigen Kündigungsfrist, die Normierung eines Durchschnittslohnes, Besserbezahlung der Überzeitarbeit sowie von Abschluss eines Vertrages. Dagegen aber wurde von den Arbeitern verlangt, die Anerkennung einer während des Streiks von den Fabrikanten einseitig ausgearbeiteten Arbeitsordnung. Eine Versammlung der Streitenden schrie die gemachten Zugeständnisse, weil nicht weitgehend genug einstimming ab. Der Kampf geht also weiter. Zugang ist auch ferner fernzuhalten.

In Bonn geht der Streik bei der Firma Kühlung, Planoforfabrik, weiter. Der Firmen in Aussicht gestellte Vermittlung zwangsweise Beilegung der Differenzen, lehnte dieselbe mit der Motivierung ab, dass sie mit den Forderungen ihrer Arbeitwilligen aufrieben und der Streik sie sie erledigt sei. Die Streitenden befanden hierüber eine andere Auffassung, sie werden den Kampf mit doppelter Energie weiter führen. Die Firma wollte man mit Arbeitsangeboten verschonen.

In Hamburg ist innerhalb der vergangenen Woche eine wesentliche Änderung an dem Kampfeszustand nicht eingetreten. Die Arbeitgeber verteilten am 19. Juni an die Streitenden ein Flugblatt, das in der Hauptsache den Zweck haben sollte, in den Reihen unserer Kollegen Unzufriedenheit herzuverursachen und Streitbrecher von ihnen herüberzuholen. Gerade zu der Zeit, als das Machwerk in die Hände der Kollegen gelangte, fand eine Versammlung der Ausländer statt, die den Unternehmern eine nicht missverständlichste Antwort erteilte. Die Annahme der Unternehmer, dass die Kollegen als Streitbrecher in die Betriebe zurückkehren möchten, wurde von der Versammlung einer ernsthaften Zurückweisung nicht für würdig erachtet, und ebenso einstimmig verzichtete die Versammlung darauf, nachdem die Unternehmer durch Ablehnung des Saalbespruches und aller weiteren Verhandlungen jede ehrliche Verständigung unmöglich gemacht haben, fest ihrerseits die Wahl wieder freizunehmen. Das zu veranlassen, muss nunmehr den Arbeitgebern überlassen werden. Die Zahl der Arbeitwilligen ist auf dem alten Stand sich gehalten. Es ist den Arbeitgebern zwar in vereinzelten Fällen möglich, einige Leute nach hier zu schleppen, aber

unsere Kollegen sind ebenfalls eifrig auf dem Posten und sorgen dafür, dass den Leuten die nötige Ausklärung zuteilt wird. Wir bitten noch wie vor die Kollegen, den Zugang streng fernzuhalten.

In Hamm I. Westf. hat eine gemeinsame Versammlung unserer und der christlichen Zahlstelle beschlossen, den Meistern Forderungen zu unterbreiten. Bis zur Ersiedigung der Lohnbewegung ist erwünscht, dass Zugang unterbleibt.

In Mülheim a. d. Ruhr sind einer Anzahl Schreinermäster Forderungen unterbreitet worden. Nur einige Meister haben sich bemüht gefühlt, mit unbestimmten Antworten darauf zu reagieren. In Bergkloster dessen haben die in diesen Betrieben in Frage kommenden Kollegen einstimmig beschlossen, nunmehr ihre Kündigung einzurichten, welchem inzwischen ihre Kündigung worden ist. Bestimmen sich die Arbeitgeber während der Kündigungsfrist nicht eines anderen, so ist die Arbeitsbeschaffung unvermeidlich. Da es sich bei dieser Bewegung vornehmlich um die Durchbrechung der zehnständigen Arbeitszeit handelt, ersuchen wir dringend, Mülheim a. d. Ruhr mit Zugang zu verschonen.

In Osnabrück stehen seit 15 Wochen die Arbeiter der Planoforfabrik sowie im Streik, um die Anerkennung des Vertrages durchzusehen. Obwohl der Unternehmer auch zum Schuhverband gehört und bei jeder Verhandlung zugegen war, hält er es doch nicht für nötig, den Vertrag anzuerkennen. Im Gegenteil hindert er die Leute noch, wo anders Arbeit anzunehmen. Hat ein Streitender Arbeit erhalten, sofort sorgt die Firma für seine Entlassung. Der Vorsitzende der Firma, Herr Thöle, macht bei der letzten Verhandlung die ironische Bemerkung, seinem wegen könne der Kampf bis Weihnachten dauern. Nun wir halten es aus. Unsere Kollegen stehen seit zusammen und die übrigen lassen es an Unterstützung nicht fehlen.

In Magdeburg dauert der Kampf der Stuhlarbeiter nun schon die 18. Woche, ohne Aussicht auf eine friedliche Beilegung. Die Situation der Streitenden ist noch ebenso günstig als am Anfang des Streiks. Abgesehen von den paar Milläfern, die im Anfang mitstreiten und dann zum Verräter ihrer Sache wurden, ist noch kein Abtretender zu verzeichnen. Im Gegenteil, immer fester schließen sich die Freien der Streitenden und von einer Kampfesmüdigkeit ist nichts zu spüren. Durch die Arbeit aller Ledigen sowie durch die fortwährende anderweitige Unterbringung von Vertriebenen ist es uns möglich, den Kampfspiel zu löschen und den Kampf auf lange Zeit fortzuführen. Das sehen auch die Unternehmer ein und sie rühen von neuem wieder die Werbetrommel und machen vergleichsweise Anstrengungen, um Arbeitswillige zu erhalten. Ein Teil der Unternehmer inseriert in allen möglichen Blättern unter Werbeleiterung des am Ort herrschenden Verhältnisses nach Arbeitskräften. Auch werden die Herbergen abgelost. Dem Fabrikanten Wolf, Al-Dessa ist es dadurch gelungen, ein paar wertvolle Elemente zu erhaschen, welche aber alles andere sind, nur keine Stuhlbauer. Dass mit der Sorte der Betrieb nicht aufrechterhalten werden kann, hat auch Wolf eingesehen und mit dem Inserieren aufgehört. Da nun alle diese Bemühungen der Unternehmer den gewünschten Erfolg nicht brachten, versuchen sie es jetzt auf eine andere Art. Im "Magdeburger Anzeiger" gibt der Schuhverband der Stuhl- und Möbelindustriellen einen Beschluss bekannt, wonach er Verhandlungen über unsere Forderungen nach wie vor ablehnt, aber den Arbeitern freistellt, an den alten Bedingungen in die Betriebe zu kommen. Hinterher kommt noch die schon recht abgestorbene Bemerkung, dass man bald kommen müsse, um sich einen Platz an der Sonne der Unternehmung zu sichern. Nun, solche alten Misthaufen ziehen natürlich bei organisierten Arbeitern nicht, darauf fällt keiner hin. Die Fabrikanten werden sich schon zu Verhandlungen bequemen müssen, wenn sie ihre alten Leute wieder haben wollen. Eine Versammlung der Streitenden beschäftigte sich mit der gegenwärtigen Streitlage. Nach eingehendem Bericht der Streitleitung wurde die gegenwärtige Zustand gutgeheissen und die Streitleitung beauftragt, sie unverändert fortführen. Es wird weiter vor Zugang gewarnt.

In Worms dauert der Streik der Bau- und Möbelmöbeln unverändert fort. Die Zahl der Streitenden verringert sich von Woche zu Woche. Vielen vertriebenen Kollegen sehen sich nach anderer Arbeit um. Jedermann wird es bei den Unternehmern lange Gesichter geben, wenn sie ihre fehligen tatsächlichen Elemente mit den früheren Arbeitern vergleichen. Trotzdem erfreuen sich die Arbeitswilligen der liebevollsten Behandlung von Seiten der Unternehmer und der Polizei. An Schikanen gegenüber den Streitenden fehlt es nicht. Zu den neuen Bedingungen arbeiten bis jetzt 97 Kollegen. Ein Teil ist trotz der schwarzen Liste in den umliegenden Orten untergebracht. Der Beschluss der Innung, die Unternehmer, welche den Tarif unterschrieben, zu verlassen, ihre Zugeständnisse zurückzuziehen und die Arbeiter auszusperren, ist ohne Erfolg geblieben. Im Streik befinden sich noch 60 Kollegen. Zugang ist streng fernzuhalten.

In Wulsdorf ist bei den Nordmacherfirmen Gebr. Quersen und H. Lang der Ausstand nach dreizehnwöchiger Dauer beendet. Genannte Arbeitgeber haben sich zur Buchhaltung des angelindigten Nordpreisabzuges bereit erklärt. Bei den Firmen Morre in Bremen, Neithal in Poggendorf und Müller in Schiffdorf dauert der Kampf unvermindert fort. Zugang nach diesen Firmen ist nach wie vor fernzuhalten.

Ausland.

In Winterthur dauert die Aussperrung der Schreiner fort. Die Meister suchen besonders in Deutschland nach Streitbrechern. Die Schweizer Kollegen bitten um Beachtung jener Werber. Auskunft erteilt erforderlichenfalls das Arbeiterssekretariat Winterthur (Fernsprecher 000).

Kollegen! Besucht regelmäßig die Versammlungen! :: :: :: :: :: :: :: ::

Aus der Holzindustrie.

Tarifvertrag und Streitarbeit.

Der Arbeitgeberverbund für das deutsche Holzgewerbe hält sich für berechtigt, unserer Verbandsleitung den schweren Vorwurf des Tarifbruchs zu machen, und der Fall duldet ihm so schlimm, dass die "Sachzeitung" in ihrer Nr. 28 einen längeren Artikel in der Angelegenheit an seitender Stelle bringt. Es handelt sich hierbei um die mit unserem Verband im Vertragsverhältnis stehende Firma H. Bödmann u. Co. in Güstrow, welche Fenster und Fenster herstellt und größere Mengen von Arbeit nach Hamburg liefert. Diese Lieferung wurde von unseren streitenden Kollegen in Hamburg recht unangenehm empfunden. Sie hatten den bringenden Wunsch, dass diese Lieferung unterbunden werde. Nun liefert aber die Güstrower Firma nicht während des jetzigen Streiks, sondern ständig Waren nach Hamburg, und die streitenden Hamburger Tischler hätten sich damit abgefunden, wenn nicht diese Lieferung infolge des Streiks einen größeren Umfang angenommen hätte. Insbesondere wurden größere Partien Fenster für Hamburger Unternehmer geliefert, die sonst diese Arbeit im eigenen Betriebe anfertigen lassen. Es handelte sich, vom Standpunkt der Streitenden gesehen, um Streitarbeit, deren Lieferung verhindert werden sollte. In dieser Sache haben sich nun die zuständigen Gauvorsteher bemüht. Kollege Hallenberg-Stettin war wiederholt in Güstrow, um die Dinge zu untersuchen und mit der Firma zu verhandeln, und auch Kollege Neumann-Hamburg war dort. Zu einer Arbeitsverweigerung ist es jedoch nicht gekommen und die ganze Angelegenheit kann wohl nun als erledigt gelten.

Durchaus unbegründet ist der Vorwurf, den die "Sachzeitung" gegen den Vorstand unseres Verbandes erhebt. Der Sach. "Da richtete der Centralvorstand des Holzarbeiterverbandes von Berlin aus das Ansuchen an die Firma, für vier ihrer Haupt Kunden in Hamburg die Lieferung von Fenstern einzustellen," enthält eine objektive Unwahrheit. Unser Verbandsvorstand ist mit der Güstrower Firma überhaupt nicht in Verkehr getreten, sondern er hat sich darauf beschränkt, die von Hamburg eingegangenen Klagen an den Gauvorsteher in Stettin weiterzugeben mit der Bitte, den wirklichen Sachverhalt an Ort und Stelle in Güstrow zu ermitteln. Durch den Gang der Entwicklung wurde er der Verpflichtung enthoben, direkt einzugreifen. Nichtsdestoweniger hat er Gelegenheit genommen, seine Stellung zu der Frage, ob ein geltender Tarifvertrag unsere Verbandsmitglieder verpflichtet, durch Anfertigung von Streitarbeit streitenden Kollegen in den Rücken zu fallen, deutlich zu präzisieren.

Der Vorstand des Arbeitgeber-Schuhverbandes hat nämlich wegen des Güstrower Falles eine Beschwerde an unseren Verbandsvorstand gerichtet und dieser Beschwerde zwei Briefe der Güstrower Firma in Abschrift beigelegt. Als Antwort erhält er den nachstehenden Brief:

28. Juni 1911.

An den
Vorstand des Arbeitgeber-Schuhverbandes für das Deutsche Holzgewerbe

Berlin C.

In Beantwortung Ihres Gehehrten vom 20. b. W. könnten wir Ihre Beschwerde eigentlich ja mit dem Hinweis darauf, dass Ihr Mitglied Bödmann u. Co. Güstrow in seinem Schreiben vom 14. Juni Ihnen selbst mitteilte, "dass sich nunmehr irgendwelche Schritte gegen die Leitung des Holzarbeiterverbandes erübrigen", als erledigt ansiehen. Jedermann ist damit der haupthaftlichste Teil der gegen uns gerichteten Vorwürfe von vornherein entfratet. Aber wir können uns damit nicht begnügen, sondern weisen entschieden jeden Vorwurf zurück, dass wir irgendetwas unternommen hätten, die Arbeiter der Firma Bödmann u. Co. unter Vertragsbruch zur Arbeitsniederlegung zu veranlassen. Auch gegen den Gauvorsteher Neumann-Hamburg und Hallenberg-Stettin kann ein solcher Vorwurf nicht erhoben werden.

Sie scheinen allerdings der Meinung zu sein, dass die Arbeiter nach Abschluss eines Tarifvertrages nicht das Recht hätten, die Auffertigung sogenannter Streitarbeit zu verweigern. Mit dieser Meinung sind Sie jedoch im Irrtum. Es würde uns sehr gern gegen die Tarifgemeinschaft sofort über den Haufen werfen, wenn Ihr Verband den Grundsatz aufstellen sollte, dass die Arbeiter durch den Vertrag gedrungen sein sollen, ihren im Streik stehenden Kollegen in anderen Städten direkt in den Rücken zu fallen. Daraus kann also wohl keine Riede sein.

Wir Verstärkung dieser unserer Meinung können wir uns auf ein Schreiben der Fa. Bödmann u. Co. selbst berufen, das dieselbe in dieser Angelegenheit an unseren Gauvorsteher Hallenberg-Stettin gerichtet hat, worin sie wörtlich schreibt: "Wie können daher nur nochmals Ihnen die bestimmte Versicherung geben, dass wir es mit unserem Kaufmännischen Gefühl nie vereinbar finden werden und auch nach unserer ganzen Geschäftslage in Hamburg es nie nötig haben werden, unseren dortigen Konkurrenten unter den Richtermessern, sei es direkt oder indirekt, aus der Verlegenheit zu helfen."

Das gleiche oder noch ein höheres Gefühl bewirkt und verpflichtet auch die Arbeiter, sich dagegen zu vertheidigen, wenn ihnen die Auffertigung von Streitarbeit zugemutet wird. Von einem Vertragsbruch kann dabei gar keine Rede sein.

Hochachtungsvoll

Deutscher Holzarbeiterverband.

Der Vorstand

Eh. Privaat

Hier ist die prinzipielle Stellung des Verbandsvorstandes in dieser Frage mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht. Selbstverständlich bedeutet aber diese Stellungnahme noch nicht, daß nunmehr ohne weiteres überhaupt die Anfertigung von Streitarbeit zu verweigern ist. Es muß vielmehr in diesen Dingen stets von Fall zu Fall und unter genauer Prüfung aller in Betracht kommenden Umstände entschieden werden.

Merkwürdig ist es, daß der Arbeitgeberschutzverband aus dieser Angelegenheit, in welcher sich unser Verbandsvorstand in jeder Beziehung durchaus korrekt benommen hat, eine solche Skandalität macht. Eigentlich hätte er doch alle Veranlassung, dort, wo über Vertragsbruch diskutiert wird, sein Stille zu sein, denn er hat gerade auf diesem Gebiete ein gehäuftes Maß von Sünden auf dem Kerbholz. Wir erinnern nur an den ellentümlichen Vertragstrug, den die Unternehmer in Kiel und Burg auf Anweisung des Schuhverbandes begingen, um die im Jahre 1907 inszenierte Aussperrung wirksamer zu gestalten. Wir erinnern weiter an die moralische und finanzielle Unterstützung, welche der Arbeitgeberschutzverband seinen Mitgliedern in Frankfurt a. M., Magdeburg und Bremen sowie zu Walde zuteil werden ließ, als diese sich weigeren, den Verpflichtungen nachzuhinkommen, welche ihnen der ordnungsmäßig gefallte Schiedsspruch im Jahre 1908 auferlegte. Und das gleiche Schauspiel erlebten wir in diesem Jahre wieder. Statt seine widerhaorigen Mitglieder zur Pflichterfüllung anzuhalten, fördert der Vorstand des Arbeitgeberschutzverbandes das gegen Treu und Glauben verstohende Verhalten seiner Mitglieder in einer ganzen Reihe von Städten. Das allein könnte genügen, um die Loyalität des Arbeitgeberschutzverbandes bei der Erneuerung eingegangener Verpflichtungen zu illustrieren. Unendlich lang aber würde die Liste, wollten wir alle die einzelnen Mitglieder des Schuhverbandes aufzählen, die unter Willigung und Förderung durch den Schuhverbandsvorstand gültige Verträge mithackten. — Wer so im Glashause sitzt, der sollte es doch vermeiden, mit Steinen zu werfen!

el. Aus der oberfränkischen Korbmutter teilt in ihrem Geschäftsjahrsbericht für das Jahr 1910 mit, daß die Geschäftslage in der Korbmacherei sich wesentlich gebessert hat. Weiter heißt es, daß die Anzahl der Korbmacherfirmen in Oberfranken 40 beträgt. Die Zahl der Korbmacher betrug nach der letzten Berufs- und Betriebszählung 5048, außerdem arbeiteten 5208 Haushaltungsbemühende mit. Heute dürfte die Gesamtzahl der in der Korbmacherschlerei in Oberfranken Erwerbstätigen etwa 12.000 betragen. Die Produktion kann mit 5½ bis 6 Millionen Mt. bewertet werden.

Obwohl wir wissen, daß unter den in diesem Industriegebiet herrschenden Produktionsverhältnissen in erster Linie und hauptsächlich die Unternehmer (das sind in diesem Falle die 46 Händler) den Nutzen aus dem besseren Geschäftsgang ziehen, so ist es immerhin auch für uns erfreulich, wenn der größte Teil der Arbeiter volle Beschäftigung finden kann. Leider ist diese volle Beschäftigung wenig lohnend gewesen. Wenn man den von der Handelskammer sicher nicht zu niedrig bemessenen Wert der Produktion auf die 5–6000 Korbmacher verteilt, so entfällt auf jede Familie kaum 1000 Mt. pro Jahr. Von diesen 1000 Mt. müssen nun zunächst die Ausgaben für Material bestreitet werden, und da es sich hier größtenteils um die Verarbeitung von Rohr, Palmblatt, Narra, Esparto und besserem Weiden handelt, darf man diese Ausgaben nicht unter 10 Prozent des Lieferungspreises berechnen. Bei verschiedenen Artikeln muß man sogar 50 bis 60 Proz. für Rohmaterial in Rechnung bringen, zumal dasselbe größtenteils für eine Woche ausreichend vom Korbmacher gesauft werden muß. Das eigentliche Einkommen der Korbmachersammler beträgt also im Durchschnitt nur 5–600 Mt. Wohl gemerkt: hierfür arbeitet eine ganze Familie.

Es ist immerhin erfreulich, daß die Handelskammer in diesem Falle die elenden Einkommensverhältnisse der oberfränkischen Korbmacher in aller Deutlichkeit mitgeteilt hat. Als dieselbe Kammert im Februar dieses Jahres sich mit einer Petition an den Reichstag wandte, um etwaigen Maßnahmen seitens der Reichsregierung zum Schutze der Heimarbeiter vorzubereiten, wurde in dieser Eingabe der durchschnittliche Wochentwert eines Korbmachers mit 20 Mt. angegeben. Die oberfränkischen Korbmacher selbst haben sich damals vorausgesehen, in einigen öffentlichen Versammlungen gegen diese Verdrehung der Tatsachen zu protestieren. Leider hat bis jetzt die große Masse dieser bedauernswerten Kollegen noch nicht eingesehen, daß mit dem Protezionismus und Masonizismus allein nichts geheistet wird. Eine wirkliche Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage werden auch die Heimarbeiter nur erreichen können, wenn sie sich gewerkschaftlich organisieren.

Die Korbmutterstellen haben ihren diesjährigen internationalen Kongreß vom 2. bis 4. Juni in Wien abgehalten. Die Herren haben sich dort so tödlisch amüsiert, daß die Regierung in dem vorläufigen Bericht, den die "Korbmutter-Zeitung" bringt, noch deutlich nachklingt. Ein Glanzpunkt der Tagung war der Empfang der Kongreßteilnehmer im Rathaus durch den Ersten Bürgermeister Dr. Klemmer. Diesem seitherigen antisemitischen Reichsratsabgeordneten, dem seine Wähler inzwischen den Vauvan gegeben haben, dürfte die Begrußung dieser Gäste eine ganz besondere Freude bereitet haben. Von den gefestigten Beschlüssen dürfte der wichtigste wohl der sein, eine Erhöhung der Verkaufspreise für fertige Korbmatten in die Wege zu leiten. Wir gönnen den Herren eine Steigerung ihres Profits, möchten ihnen aber empfehlen, nicht zu vergessen, daß eine Steigerung der miserablen Löhne der Korbmacher schon lange notwendig seißen wäre. Es ist freilich kaum zu erwarten, daß die Korbmutterstellen ihren Arbeitern freiwillig Entgegenkommen zeigen. Deshalb sollten sich die Korbmacher wie üblich

Organisation ihrer Unternehmer als Muster nehmen und sich auch ihrerseits organisieren, um instande zu sein, nötigenfalls für eine Verbesserung ihrer Lage zu kämpfen. Der Verbandsstag badischer Schreinemeister, der am 18. Juni in Bühl stattfand, beschloß von einem Anschluß an den Arbeitgeberschutzverband vorläufig Abstand zu nehmen. Die Verbandsleitung wurde jedoch beauftragt, mit denjenigen badischen Städten Führung zu nehmen, in denen im nächsten Jahre Wohnveränderungen zu erwarten sind. Am übrigen soll ein Zusammenschluß der Schreinemeisterverbände von Baden, Bayern und Württemberg erfolgen. Der Verbandsstag erklärte sich schließlich noch für Erführung der 8½ jährigen Lehrzeit.

Der Arbeitsmarkt in der Holzindustrie. Nach den Berichten des "Reichsarbeitsblatt" war im Monat Mai die Beschäftigung im Bau- und Werkbau eine recht unterschiedliche. Während im allgemeinen Nord- und Westdeutschland, Sachsen und Bayern die Lage als aufreidenstellend schildern, klagen die Berichte aus Rheinland-Westfalen und aus Hamburg lebhaft. In den Saale- und Hobelwerken machte sich zwar eine Abschwächung des Gewerbes bemerkbar, doch war die Beschäftigung immerhin noch gut. Die Möbelindustrie konnte im allgemeinen mit leichtem Geschäftsgang bewerben, doch zeigte sich ein Nachlassen gegen die Wormontale. In der Fabrikindustrie Westdeutschlands hielt der gute Geschäftsgang an. Die Berichte aus der Schreibwarenindustrie lauten befriedigend. Demgegenüber hat das trockene Wetter der Schirmfabrikation Abbruch getan, das Sonnenbeschaffungsgeschäft aber soll von der herrschenden Mode beeinträchtigt werden. Im Eisenbahnwagenbau schreitet die Verbesserung im Beschäftigungsgrade nur langsam vorwärts, doch ist immerhin eine Folge zu verspüren. Demgegenüber ist die Automobilindustrie durch die eingetretene Krisejahrsaison belebt worden. Ein Werk soll sich sogar genötigt doppelte Arbeitsschichten einzulegen.

Gewerkschaftliches.

Die internationale Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1909.

Der vom Internationalen Sekretär der gewerkschaftlichen Landeszentralen (C. Legien) herausgegebene Bericht ist reichlich spät erschienen. Das ist aber nicht die Schuld des Sekretärs, sondern liegt an der Saumseitigkeit vieler Landeszentralen, die ihre Berichte für 1909 zum Teil erst im Februar und März 1911 eingezogen haben. Verschiedentlich fehlen auch die statistischen Angaben, doch wird konstatiert, daß im allgemeinen schon eine Besserung in der Berichterstattung eingetreten ist. Diesmal haben alle 20 dem Internationalen Sekretariat angeschlossenen Länder berichtet. Zum ersten Male erscheint ein Bericht aus Rumänien, während die Zustände in Italien es noch nicht ermöglichen, zahlenmäßige Berichte von dort zu beschaffen. Mit gewerkschaftlichen Organisationen in der Türkei wurde die erste Korrespondenz gewechselt, doch läßt sich über die gewerkschaftliche Bewegung in diesem Lande noch wenig sagen. Mit Argentinien ist die Verbindung, welche infolge der politischen Wirren und der gegen die Arbeiterorganisationen gerichteten Verfolgung, mit der Regierung unterbrochen war, wieder aufgenommen worden, doch ist diese Verbindung über gelegentliche Korrespondenzen noch nicht hinausgekommen. Die Gewerkschaften in Australien sind dem Internationalen Sekretariat noch nicht angeschlossen, doch sind dem Sekretär einige interessante Berichte von australischen Gewerkschaftsstellen zugegangen.

In der nachfolgenden Zusammenstellung, welche die Länder nach der Zahl der Gewerkschaftsmitglieder geordnet aufzählt, steht Deutschland diesmal an der ersten Stelle, die bisher von England eingerommen wurde. Allerdings mußte für England die Zahl vom Jahre 1908 eingestellt werden, da die amtliche Feststellung der Zahl der Gewerkschaftsmitglieder hier nur alle zwei Jahre erfolgt. Im Jahre 1909 gab es in den nachbenannten Ländern die beiufigste Zahl von Gewerkschaftsmitgliedern (die Zahl für 1908 steht in Klammern). Deutschland 2447578 (2382401), England 2406746 (2106746), Vereinigte Staaten 1710433 (1588000), Frankreich 977350 (294018), Italien 783535 (546650), Österreich 455401 (482279), Schweden 148840 (219000), Niederlande 145000 (128845), Belgien 188028 (147058), Dänemark 121205 (120850), Schweiz 112613 (112800), Ungarn 85266 (102054), Norwegen 44223 (48157), Spanien 40981 (44912), Finnland 24922 (24000), Bulgarien 18753 (12933), Rumänien 8515 (?), Bosnien-Herzegowina 4470 (3997), Serbien 4462 (3298), Kroatien 4361 (4520). Für Frankreich war im Vorjahr nur die Mitgliederzahl der der Landeszentrale angeschlossenen Gewerkschaften angegeben, während diesmal die Gesamtzahl der Gewerkschaftsmitglieder auf Grund des Berichtes des Statistischen Amtes eingestellt ist. Für einige Länder, nämlich Ungarn, Serbien, Rumänien, Spanien und die Vereinigten Staaten konnte auch für 1909 nur die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder angegeben werden, die der Landeszentrale angeschlossen sind. Für alle 20 im Internationalen Sekretariat vertretenen Länder weist die Tabelle insgesamt 9583493 (8609843) Gewerkschaftsmitglieder aus; dazu füllen noch Australien, das Ende 1908 230293 (1907 213321) gewerkschaftlich organisierte Arbeiter zählen, und Argentinien mit 22457 (1908 28625) Gewerkschaftsmitgliedern, so daß die im Vorjahr mitgeteilte Zahl aller gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, zu allerdings Rumänien und Argentinien nicht umfassend, von 9208157 für 1909 auf 9845243 erhöht. Von den angegebenen Gewerkschaftsmitgliedern waren 6008262 den Landeszentralen angeschlossen, gegen 5944262 im Jahre 1908.

Neben die Einnahmen und Ausgaben des Gewerkschaften haben nur 16 (im Vorjahr 14) Länder mit einer Gesamtmitgliederzahl von 8697283 (5000326) berichtet. Es fehlen Angaben für Frankreich, Polen, Rumänien, Spanien und die Vereinigten Staaten. Zu den Ländern, welche Berichte liefern, halten die Gewerkschaften eine Einnahme von 132253228 (126387018) Mt., eine Ausgabe von 117639115 (109901600) Mt., sowie einen Kassenbestand von 182986115 (175909870) Mt. Von den Ausgaben entfallen auf Meineunterstützung 1414136 (1491279) Mt., Arbeitslosenunterstützung 22103888 (21488741) Mt., Invalidenunterstützung 7379120 (7484610) Mt., Sterbehilf 3566075 (327875) Mt., sonstige Unterstützung 2312130 (2784211) Mt.; für diese Unterstützungen insgesamt 57707822 (56579740) Mt.

Für Streiks und Aussperrungen wurden 1909 in 14 Ländern 28827002 Mt., 1908 in elf Ländern 15727870 Mt., 1907 in ebenfalls elf Ländern 19801418 Mt. ausgegeben. Die höchste Ausgabe für Streiks und Aussperrungen weist wiederum Deutschland mit 8616366 (6814904) Mt. auf; dann folgt Schweden mit 5128280 (8208085) Mt., England mit 2867280 (2667260) Mt. und Österreich mit 1878988 (1212102) Mt.

Diese Zahlen beziehen sich auf sämtliche Gewerkschaften der betreffenden Länder. In den meisten Ländern ist aber die Gewerkschaftsbewegung nicht einheitlich. Wie es in Deutschland neben den freien Gewerkschaften noch christliche und katholische Organisationen gibt, so sind auch in den meisten anderen Ländern Gewerkschaften vorhanden, welche der Landeszentrale nicht angeschlossen sind. In den Berichten werden diese Organisationen als christliche, katholische, liberale, anarchistische und gelbe Gewerkschaften bezeichnet, doch ist es nicht immer ein grundsätzlicher Gegensatz, der den Aufschluß an die Landeszentrale hindert. In England zum Beispiel besteht ein solcher Gegensatz nicht, doch gehören dort von den 2400740 Gewerkschaftsmitgliedern nur 703001 der Zentrale an.

Aus dem speziellen Bericht des Sekretärs ist hervorzuheben, daß auf Beschluss der Internationalen Konferenz in Paris dem Internationalen Sekretär eine voll besoldete Kraft zur Erledigung der laufenden Korrespondenz und zur Überprüfung der Berichte zur Seite gestellt wurde. Dieser Posten ist dem Genossen A. Baumüller übertragen, der seine Stelle am 1. Oktober 1909 angetreten hat. Die Abrechnung des Internationalen Sekretärs für das Geschäftsjahr 1909/10 weist einschließlich des Bestandes von 417264 Mt. aus dem Vorjahr eine Einnahme von 1449261 Mt. aus. Die Ausgabe betrug 1086497 Mt., so daß als Bestand 362787 Mt. verbleibt.

Der größte Teil des 247 Seiten umfassenden Bandes enthält die Einzelberichte der Landessekretäre, doch müssen wir uns ein näheres Einsehen auf den Inhalt dieser Berichte versagen. Im ganzen legt der Bericht Zeugnis dafür, daß die Gewerkschaftsbewegung in allen Ländern unabhängig vorwärts schreitet. Wenn sich auch da oder dort aus äußeren Ursachen ein Stillstand oder gar ein zeitweiliger Rückgang bemerklich macht, so ist er in der Regel sehr bald wieder überwunden. Ist auch in vielen Ländern der Prozentsatz der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter noch klein, so bessert sich doch dieses Verhältnis von Jahr zu Jahr, und zwar in um so stärkerem Maße, je mehr die Arbeiter erkennen, daß sie nur mittels starker Gewerkschaften ihre wirtschaftliche Lage verbessern können.

Der Deutsche Metallarbeiterverband hält seine zehnte Generalversammlung in der Pfingstwoche in Mannheim ab. Unter den wichtigeren Gegenständen der Tagesordnung befand sich auch die Frage der Beitrags erhöhung. Beschlossen wurde, die Beiträge von jetzt 60 Pf. bezgl. 25 Pf. für weibliche Mitglieder ab 1. Juli d. J. auf 70 bezgl. 30 Pf. festzusetzen. Ein Berliner Antrag, Mitglieder in schwieriger wirtschaftlicher Lage ausnahmsweise zum 60 Pf. Beitrag zugelassen, erhielt zunächst die erforderliche Zweidrittelmehrheit, der Vorschlag wurde jedoch einige Tage später wieder umgeworfen. Für die ebenfalls geforderte Einführung von Staffelbeiträgen fand sich die Zweidrittelmehrheit nicht. Eine Erhöhung der Verbandsleistungen tritt nicht ein. Ein Antrag des Vorstandes, ihn zu ermächtigen, bei Aussperrungen jüngeren Alters an, die Streikunterstützung erst von der dritten Woche ab zu zahlen, wurde abgelehnt. Dagegen beschloß die Generalversammlung, daß bei solchen Riesenstrafen unter Umständen die Unterstützung für die ersten beiden Wochen aufzuhören und für die weitere Zeit herabgesetzt werden könne. Vor solchen Maßnahmen sind jedoch die Vertreter der Verwaltungsstellen zu hören, die zu diesem Zwecke beizutreten aufzumuntern. Um bei großen Kampfen, wie z. B. der vorjährigen Bahnarbeiteraussperrung, die Leistungen gleichmäher zu verteilen, sollen die Delegierten zum Gewerkschaftsamt für Abstimmung der bis dahin vereinbarten Beiträge von allen Gewerkschaftlern eintreten. Anträge auf Erhöhung der Räten wurden abgelehnt, doch kann eine über 6 Mt. pro Tag betragende Verdienstabfuhr aus lokalen Mitteln bestritten werden. Für das Verbandsorgan wurde eine technische Beilage verlangt, doch faßten diese Wünsche keine Erhörung. Es bleibt bei den "Technischen Rundschauen" desselben und der Behandlung solcher Fragen im Monatsblatt "Zeitung". Die von Barrien geforderte stärkere Propaganda der Metzger wurde abgelehnt. Einzelne Redner betonten, daß die neu geschaffenen Fonds keine ausreichenden Mittel zur Unterstützung der Aussperrten boten. Für Rheinland-Westfalen soll die Aufführung einer weiblichen Agitationskraft in Erwägung gezogen werden. Ferner wurden Wünsche laut, eine Verschmelzung der

Partei- und Gewerkschafftschule herbeizuführen. Eine Mehrheit fand sich hierfür jedoch nicht. Neben den Hamburger Differenzen anlässlich der Werkarbeiterausstreuungen, wurde auch die Vereinigung mit dem Schmiedeverband diskutiert. Eine hierzu gefasste Resolution befagt, daß zu einer Änderung der Organisationsform keine Veranlassung vorliege, da schon den kleinen Branchen eine genügende Vertretung ihrer Interessen gesichert sei. Wichtigstes ist für uns, daß dem Vorstand ein Antrag überwiesen wurde, der ihn beauftragt, Schritte zur Überführung der Modeltscher in den Metallarbeiterverband zu unternehmen. Gegenüber etwaigen derartigen Versuchen werden allerdings unsere Ortsverwaltungen auf dem Posten sein müssen, denn es kann gar keiner Frage unterliegen, daß Fischer, und um solche handelt es sich hierbei, lediglich dem Holzarbeiterverband zustehen.

Der Konflikt im Berliner Buchdruckerverband ist belegt, und zwar haben, wie nicht anders zu erwarten war, die ausständigen Maschinenmeister bei der Firma Scheel die Rechte zahlen müssen. Die am 19. Juni geprögenen Verhandlungen zwischen den Vertretern der Firmen Scheel, Moosse und Ullstein mit den Vertretern der Arbeitgeber- und Arbeiterorganisationen und dem Tarifamt, denen sich Verhandlungen mit dem Personal der Firma Scheel anschlossen, hatten das Ergebnis, daß außer den auf Weise des Tarifantes gemafregelten zwei Maschinenmeistern noch 7 weitere auf der Strecke blieben. Als ein Zugeständnis an die Arbeiter wurde es betrachtet, daß sie berechtigt seien sollen, drei der Opferlämmer selbst auszuwählen. Seit Dienstag früh erscheinen die Beiträge der drei großen Verlagsgeschäfte, die am Sonnabendmorgen gar nicht, und dann nur in stark vermindertem Umfang herausgekommen waren, wieder in der gewöhnlichen Stärke. Mit der Wiederaufnahme der Arbeit ist zwar der augenblickliche Konflikt beigelegt, aber seine Nachwirkungen werden sich wohl noch lange bemerklich machen.

Die Abspaltung der Leipziger Maler vom Zentralverband, von welcher wir in Nr. 24 Notiz genommen haben, ist rückgängig gemacht. Eine am 20. Juni tagende Mitgliederversammlung nahm gegen eine Stimme eine Resolution an, durch welche sie sich mit den Beschlüssen des Verbandsstages einverstanden erklärt und die Beschlüsse der letzten Versammlung aufhebt, soweit sie dem Statut und einer ordnungsmäßigen Geschäftsführung entgegenstehen. Außerdem erklärte die Versammlung, daß sie "nur in einer kräftigen Zentralorganisation und in der Beachtung ausgesprochener Demokratie, unter der die Beschlüsse der Majorität und der bestehenden Instanzen für die Gesamtheit bindend sind, die einzige Möglichkeit erblickt, die Interessen der Kollegenschaft tatkräftig im Sinne der modernen Arbeiterbewegung zu fördern". — Die Freude derseligen, welche die Abspaltung der Arbeiterberufsschule betreiben, war also verfehlt. Aber auch die Unternehmer, welche die Selbstversetzung der Arbeiter mit Vergnügen betrachten, werden von dieser Nachricht wenig angenehm berührt sein.

Der Landarbeiterverband hat in den zwei Jahren seines Bestehens bereits eine recht erfreuliche Entwicklung genommen. Er zählt jetzt in 425 Ortsgruppen 11.252 Mitglieder. Diese Zahl verdient der Beachtung um so mehr, als die Arbeit auf diesem neuen Gebiete gewerkschaftlicher Organisation eine äußerst schwierige ist und noch recht oft der Mithilfe anderer Gewerkschaftsangehöriger bedarf. Von den Unterstützungsseinrichtungen sind Krankenunterstützung und Notfallschutz seitens am meisten in Anspruch genommen worden.

Im Buchdruckerstand findet in der Zeit vom 15. bis 23. Juli eine Abstimmung über den Anschluß an den Landarbeiterverband statt. Zurzeit wird diese Frage im Verbandsorgan eifrig diskutiert.

Die polnische Berufsvereinigung hat kürzlich ihre Generalversammlung in Bozen abgehalten. Nach dem vom Vorsitzenden der Organisation, Gosinski-Böhm, erstatteten Tätigkeitsbericht, der sich auf die Jahre 1909 und 1910 erstreckte, zählte die Berufsvereinigung im Jahre 1909 96.188, im Jahre 1910 aber schon 86.970 Mitglieder. Das Gros der Mitglieder sind Berg- und Hüttarbeiter, und zwar gehören der Abteilung der Bergarbeiter 36.887 und der der Hüttarbeiter 11.886 Mitglieder an. Ob diese Zahlen, die wir der "Kölnerischen Zeitung" entnehmen, zutreffend sind, entzieht sich unserer Beurteilung; es scheint aber, daß die Polen zu der Verbefrafth ihrer Ideen, trotz des angeblich so großen Wachstums ihrer Organisation, kein rechtes Vertrauen haben. Auf der Generalversammlung wies Herr Gosinski auf die Gefahr hin, die der polnischen Berufsvereinigung dadurch droht, daß sie "wie Agitatoren" einzuschleichen versuchen. Um zu verhindern, daß etwa auf diese Weise das Blutergebnisse der Organisation in eine wirkliche Gewerkschaft umgewandelt wird, wurde beschlossen, daß zur Generalversammlung nur Mitglieder gewählt werden können, die dem Verband mindestens fünf Jahre angehören. Der Sitz des Verbandes wurde von Böhm nach Katowice verlegt.

Unternehmerbewegung.

Ein neuer Schafmacherverband. Auf dem kürzlich in München abgehaltenen Verbandstag der Fleischermeister wurde die Gründung eines Arbeitgeberverbundes für das deutsche Fleischergewerbe beschlossen. Die Ausführung des Beschlusses, also die definitive Gründung und die endgültige Fassung der Statuten soll auf der Generalversammlung der Berufsgenossenschaft in Dresden erfolgen. Die biederer Fleischermeister sind jedenfalls überzeugt, daß sich derartige Beschlüsse zur Niederschaltung der Arbeiter durchaus mit den Zwecken der Unfall-Berufsgenossenschaften vereinbaren lassen. Das sind dieselben Leute, die sich so sehr über den "Missbrauch der Krankenlassen" durch die Sozialdemokraten entrüstet, ohne allerdings für ihre Behauptungen auch nur den Schimmer eines Beweises beibringen zu können.

Polizeiliches und Gerichtliches.

Wieder ein Expressionsurteil.

Wenn ein Unternehmer seinen Arbeiter vor die Wahl stellt, entweder aus seiner Organisation auszutreten oder die sofortige Entlassung zu gewähren, dann macht er, nach der Auffassung unserer Justiz, nur von einem Rechte Gebrauch, das ihm selbstverständlich zusteht. Wir haben erst kürzlich (siehe Nr. 28 der "Holzarbeiter-Zeitung") von einem Urteil des Amtsgerichts Königsee Notiz genommen, welches in einem solchen Fall sogar den Anspruch des Arbeiters auf Entschädigung wegen läbigungloser Entlassung ablehnte, weil dem Arbeiter ja nur der Beitritt zu einem einzigen Verein unterstellt war. Ganz anders liegt aber die Sache, wenn die Arbeiter vom Unternehmer die Gewährung von Zugeständnissen verlangen und für den Fall der Ablehnung der Forderungen die Arbeitseinstellung in Aussicht stellen. Dann machen sie sich eines Verbrechens schuldig und können wegen Expressions zu Gefängnis nicht unter einem Monat und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt werden.

Man ist leicht geneigt, anzunehmen, daß der Unterschied zwischen den beiden Handlungen lediglich darin zu finden ist, daß in dem einen Fall der Täter ein Unternehmer ist, während es sich im anderen Fall um Arbeiter handelt, deren Handlungen an und für sich von der Justiz mit einem anderen Maßstab gemessen werden. Ob diese Annahme berechtigt ist, wollen wir dahingestellt sein lassen. Nebenfalls hat das handgreifliche Unrecht, das darin liegt, die Ankündigung eines Streiks als ehrenrühriges Verbrechen zu bestrafen, dazu geführt, daß man längere Zeit nichts mehr von solchen Urteilen gehört hat, obwohl das Reichsgericht diese arbeiterfeindliche Rechtsprechung ausdrücklich sanktioniert hat. Nun ist diese Methode der Gewerkschaftsverfolgung wieder zu neuem Leben erwacht worden und dem Landgericht Breslau, welches sich ohnehin durch die Härte seiner gegen die Arbeiterbewegung gerichteten Urteile einen Namen gemacht hat, gebührt der Kühn, auch hier wieder vorbildlich gearbeitet zu haben.

Angeflagt waren vier Stoffateure, die als Beauftragte ihrer Kollegen mit dem Chef der Firma Simlinger u. Gödde wegen der Rückgangsanwendung einer Maßregelung verhandelt und dabei darauf hingewiesen hatten, daß die übrigen Arbeiter der Firma die Arbeit einstellen würden, wenn ihr Verlangen unberücksichtigt bleibe. Hierin sah das Gericht den Tatbestand der Expressionsstrafe und verurteilte drei der Angeklagten zu Gefängnisstrafen von 2 Monaten, 6 Wochen und einem Monat. Die Begründung, welche der Landgerichtsdirektor Faans für dem Urteil gab, läßt erkennen, mit welcher "Unbefangenheit" der Gerichtshof den Angeklagten gegenüberstand. In dieser Begründung heißt es:

"Die Machstellung der organisierten Arbeiterschaft wird vielfach dazu ausgenutzt, die Freiheit der Bürgervorsteher zu beschränken. So kann bei den kleinen Handels- und Gewerbetreibenden von einem freien Wahlrecht keine Rede mehr sein, weil solche Leute, die gegen den Willen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft wählen, von dieser boykottiert werden. Jeder freie Wille werde dadurch gebrochen, der Rechtsstaat in einen Staat der Willkür verwandelt. Ein solches Vorgehen muß als gemeingefährlich angesehen werden und alle diese Momente sind auch bei der Urteilsfindung mit berücksichtigt worden."

Wer dieses Urteil und seine Begründung liest, muß sich sagen, daß Richter, die sich von solchen Gesichtspunkten leiten lassen, zur vorurteilsfreien Würdigung der ihrer Beurteilung unterstellten Handlungen von Arbeitern ungeeignet sind. Offenbar sind sie sich aber dessen gar nicht bewußt, daß ihr Klassenvorurteil sie doch verleiht. Urteile zu fällen, die dem gesunden Rechtsempfinden geradezu ins Gesicht schlagen, freilich kann unser Gerichtsrat zur deutschen Justiz dadurch nicht erschüttert werden, denn das ist längst entschwunden. Wir registrieren solche Urteile nur zum Beweis dafür, in welchem Maße unsere Rechtsprechung zur Klassenjustiz geworden ist.

Gehört der paritätische Arbeitsnachweis zu den "günstigen Lohn- und Arbeitsbedingungen" im Sinne der §§ 162 und 163 der Gewerbeordnung? Mit dieser Frage hatte sich das Hamburger Landgericht am 19. Juni zu beschäftigen. Angeklagt waren der Bevollmächtigte unserer Hamburger Bahlstelle, Kollege Momberg sowie die Kollegen Odensack und Kirchner, denen eine ganze Reihe von Verbrechen zur Last gelegt wurden. Sie sollen sich gegen den § 163 der Gewerbeordnung vergangen haben und außerdem erstreckte sich die Anklage auf schweren Haussriedensbruch, Rötzigung, Beleidigung und Körperverletzung. Diese schweren Verbrechen sollen sie begangen haben zu dem Zweck, um einige Mitglieder des Verbandes zu veranlassen, den paritätischen Arbeitsnachweis zu benutzen.

Belanntlich ist am 1. Oktober 1910 der paritätische Arbeitsnachweis in Hamburg eingereicht worden, der für beide Teile obligatorisch sein sollte. Trotzdem traten die Verbandsmitglieder Bonk, Hesse, Saumann und Höhmann unter Umgehung des Nachweises in einem Raum in Arbeit. Die in der Nachbarschaft dieses Raumes beschäftigten Angestellten meldeten das bei den zuständigen Stellen. Der Arbeitsvermittler verhandelte nun wiederholt mit den genannten Angestellten und diese versprachen auch, am folgenden Sonnabend aufzuhören. Dieses Versprechen haben sie nicht gehalten. Dagegen wurde auf dem Verbandsbüro Klage geführt, daß Bonk und Hesse an ihrer vorherigen Arbeitsstelle einen Kollegen misshandelt hätten, weil er als Werkstattgeselle einige kleine Montagearbeiten im Bau ausgeführt hat. Diererwegen wurden die beiden zu der Ortsverwaltungsschließung geladen, zu der sie jedoch nicht erschienen. Da sie aber erklärt hatten, daß für die Frage, ob sie das Arbeitsverhältnis lösen sollen, nur Momberg kompetent sei und er deshalb zu ihnen kommen solle, wurde dieser beauftragt, die Befremden im Bau aufzusuchen.

Momberg verhandelte also mit den Bauten und erreichte auch, daß sie sich bereit erklärten, die Arbeit einzustellen.

Zuvor waren aber auch die jetzt mitangestellten Kollegen Odensack und Kirchner, die als Vertrauensmänner schon wiederholte wegen der Sache verhandelt hatten und in der Nähe arbeiteten, in den Bau gekommen. Später fanden sich auch einige Arbeitlose ein, die, ohne Kenntnis der bereits erfolgten Busage, ihrer Entlastung über das Verhalten der vier Kollegen deutlich Ausdruck gaben. Als sie aber über den Stand der Dinge aufgeklärt waren, entfernten sie sich ruhig, und man konnte annehmen, daß damit die Sache erledigt war.

Es kam aber anders. Der Ankläger Saumann, im Nebenberuf Beerdigungsunternehmer, erstickte Strafanzeige und die drei anderen schlossen sich dem Vorgehen an. Bei der Verhandlung mußten selbst diese vier Beleidigungszeugen zugeben, daß Momberg nur in ruhiger, sachlicher Weise auf sie eingeredet und sie weder bedroht noch beleidigt habe. Der Staatsanwalt hielt aber die Anklage aufrecht. Er führte unter anderem aus, daß durch das Vorgehen der Angeklagten die Leute, die unter Umgehung des Arbeitsnachweises sich Arbeit verschafft hatten, zum Anschluß an eine Bewegung zur Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen bestimmt werden sollten, denn auch der paritätische Arbeitsnachweis sei eine solche bessere Bedingung, die unter § 152 der Gewerbeordnung fallt. Gegen Momberg speziell führte der Staatsanwalt aus, daß er zweifellos die Arbeitlosen herbeigerufen habe, um mit Gewalt vorzugehen. Die Angeklagten müßten daher aus § 124 des Strafgesetzbuches und § 152 der Gewerbeordnung bestraft werden. Diesen Ausführungen schloß sich auch das Gericht an und verurteilte die drei Angeklagten zu drei Wochen Gefängnis. Gegen das Urteil ist Revision angemeldet und es bleibt abzuwarten, ob sich auch die höheren Instanzen der Auffassung des Hamburger Landgerichts anschließen.

Literarisches.

Die nachbenannten Werke können auch durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Berlin C 2, Neue Friedliche 2, bezogen werden.

Annalen für Soziale Politik und Gesetzgebung ist der Titel einer neuen Zeitschrift, die Dr. Heinrich Braun im Verlage von Julius Springer in Berlin herausgibt. Die Zeitschrift hat sich die wissenschaftliche Behandlung der sozialen Politik und der sozialen Gesetzgebung zur Aufgabe gemacht. Das vorliegende, 188 Seiten starke erste Heft bringt unter anderem Aussätze über "Die Reichsgewerbeaufsicht von sozialpolitischen Gesichtspunkten" von Dr. Georg Struk, über die "Organisierbarkeit der Arbeiter" von Dr. Adolf Braun. Eine neue Form gleitender Lohnstufen in England wird von Prof. Dr. Robert Biesmann besprochen. Prof. Dr. Wilbrandt bringt eine Befreiung des Hausarbeitsgegenwartswesens. Die Entwicklung der deutschen Gewerkschaften behandelt Paul Kämpfmeier, während Dr. Kehler die jüngste Entwicklung der Arbeitgeberverbände bepricht. Dieser Auszug aus dem Inhaltsverzeichnis läßt erkennen, daß die Annalen, wenn sie das halten, was sie im ersten Heft versprechen, eine wertvolle Bereicherung unserer sozialpolitischen Literatur bilden werden. Der Preis des Einzelheftes ist 8,50 M., 8 Hefte bilden einen Band, der 18 M. kostet.

Sozialreform und Arbeiterfreundlichkeit. Eine Abrechnung. Rede des Reichstagsabgeordneten St. Fischer zur dritten Beratung der Reichsversicherungsordnung.

Die Buchhandlung Vorwärts hat die badende Reihe, welche der Abgeordnete Fischer bei der dritten Beratung der Reichsversicherungsordnung gehalten hat, in einem Sonderabdruck herausgegeben. Der Preis der Broschüre beträgt 15 Pf.

Anna Karenin. Drama in drei Akten von Otto Krill. Verlag von Joh. Fassbinder, Berlin. Preis 1,50 M.

Der Verfasser über gibt mit diesem Drama der Öffentlichkeit ein Bühnenwerk, das einen Einblick in proletarisches Seelenleben gewährt. Die Heldin des Stücks, das im übrigen Vorgänge in der Arbeiterbewegung eines mittleren Fabrikortes behandelt entwidelt sich aus der in den Tag hinein lebenden Arbeiterin zum Weise, daß ihre Klassenlage und ihrer Würde bewußt ist. Dabei tritt die Tendenz in keiner Weise aufdringlich hervor. Das Buch ist als gute Lektüre durchaus zu empfehlen.

Gewerkschaftskarriere Müstringen-Wilhelmshaven. Bericht des Arbeiterssekretariats und der Kartellkommission für die Jahre 1909 und 1910. Gesamtverlag des Kartells.

Vom Jungling zum Mann. Ein ernstes Wort zur sexuellen Lebensführung von Dr. med. Georg Buschan. Dauerhaft kartoniert 1,40 M.; elegant gebunden 2,00 M. Porto 10 Pf. Verlag von Stroeder u. Schröder in Stuttgart.

Dieses Buch von einem erfahrenen Arzte für die jungen Männer aller Stände bestimmt, verdient die weiteste Verbreitung. In ernster und offener Sprache richtet der Verfasser eindringliche Worte an den ins Leben tretenden jungen Mann und zeigt ihm die Schäden, die ein ausgeschweiftes Leben für ihn selbst mit sich bringt, und die Wunden, die sie, im ganzen genommen, einer Nation schlagen. Er fordert ohne Einsichtnahme sittliche Tugendhaftigkeit als die Grundlage für das Gediehen eines Volkes und weist die Wege, die zur körperlichen und geistigen Gesundung führen können.

Adressen der Sektionen.

Zu den in Nummer 18 der "Holzarbeiter-Zeitung" veröffentlichten Adressen der Sektionen sind folgende Änderungen gemeldet:

Nürnberg, Halle, Wilhelm Fehse, Goethestr. 39.

Stettin, Mannheim, Bruno Wörz, Obere Elbingerstraße 16. Zwischen, Hermann Heyman, Crossen bei Zwischen.

Modeltsch, Wermuthen, Gustav Miché, Geestemünde, Dockstraße 43. Mannheim, Leonhard Simmendinger, Münchenerstr. 11. Halle, Otto Weiz, Kreuzbergstr. 23.

Schiffstochter, Boizenburg, C. Groth, Gartenstraße 249a.

Versammlungs-Anzeiger.

Eisenberg. Sonnabend, den 8. Juli, bei Hofstof.
Frankfurt a. M. Sonnen, den 8. Juli, vor
mittags 10 Uhr, Sitzung Versammlung der
Bürokratinnen im Gewerkschaftshaus, Göttelstr. 4.

Anzeigen.

Wiesbaden. Vom 1. Juli d. J. an befinden
sich Herberge, Werkunterstützung und Arbeitsnachweis
im Gewerkschaftshaus, Holzgasse 8.
Dort legen, die hier in Arbeit treten
wollen, sind streng verpflichtet, mir unseres Arbeits-
nachweises zu vertrauen. Derselbe befindet sich bei
solchen Schädel. An der Berichtsstelle 11. Die Arbeits-
vermittlung erfolgt abends von 7 bis 8 Uhr. Das
Unterlagen und Beweisen des bisgerichtlichen Nachweises
ist für alle Branchen und Mindestens streng verboten
sich das Schreiben leisten. Die Kollegen an die Arbeit
geht ist strengstens zu verhindern.

Berlin. Sachsen. Die Werkunterstützung wird
im "Gebäude" ausgebüffelt, mit von 8 Uhr ab. Zu-
gerne die Kollegen, die nach 8 Uhr im Hotel erscheinen
haben, darauf eine Schleifmaschine zu lassen, unterbleibt
dieses. So kommt auf Besuch des Gewerkschafts-
arbeitsnachweises die Schleifmaschine in Wagn. — Die Arbeits-
lokalen, Straßen und sonstigen Unterstellungen zahl-
reicherer Mag. Lange im "Schiffbau". Am Wochen-
tagen abends 7 bis 8 Uhr, am Sonntagen vormittags
10 bis 12 Uhr, Auskunft ertheilen der Postmeister
sowie der Kassierer. — Die Versammlungen finden
jeden dritten Sonnabend im Monat statt bei Herrn
Schöpfer in Jägerhof.

Münch. Der Arbeitsnachweis für Schreiner
Maschineneinzelarbeiter, Modellschreiner, Werkstoffinventur-
macher, Drechsler, Korbmacher, Schuhmacher, Schleifer,
und Goldschmiede befindet sich im Be-
handlungsbureau, Seilerstr. 11. Korbteilelegger im Restaurant
"Schildkrot", Seidlingerstr. 70; Wagner im Restaurant
"Königsbauer", Müllerstr. 23; Kugelbauer beim Kollegen
Hirschgr. Georgstr. 12/13; Säger im Restaurant
"Späderer", Thal 75.

Die zureitenden Kollegen werden erucht, sich
stets an die Arbeitsnachweise zu halten und das
Umzuhauen zu unterlassen.

Nürnberg. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen
befindet sich im Bureau, Hauptstr. 19, Eingang Mittel-
gasse, 1. Etage. Gedient von 11—1 und 6—7 Uhr.
Umzuhauen ist verboten.

Görlitz, Meckl. Die Herberge befindet sich im
Gebäude zum Adler. Den zureitenden Kollegen, die
hier Arbeit nehmen wollen, wird zügigst möglich
gemacht, zunächst Auskunft einzuholen. Diese erstellt
die Bevollmächtigte und Kollege Wilh. Umschauen
ist strengstens verboten.

Saucha. Verkehrsamt jetzt im "Goldenen Löwen"
am Markt. Dasselb. Lokalunterstützung und Auskunft
umzuhauen streng verboten. Die Versammlungen finden
jeden Sonnabend vor dem 1. im Monat statt.

Wiesbaden. Der Arbeitsnachweis für Tischler,
Maschineneinzelarbeiter, Drechsler und Wagner befindet
sich beim Kollegen einer Gemeinschaft 22, dort pat-
zuschauen ist strengstens verboten. Die Werkunter-
stützung wird im Gewerkschaftshaus, Weidstraße 41
ausbezahlt. Am Wochenenden abends 7—8 Uhr, an
Som. und Feiertagen mittags von 12—1 Uhr.

Würzburg. Die Arbeitsvermittlung erfolgt durch
den Kollegen E. Ebert, Voitingerstr. 86, abends von
6 bis 7 Uhr. Die Kollegen, der umliegenden Orte
sowie zureitende sind gebeten, mir unseres Arbeits-
nachweises zu vertrauen und das Umzuhauen zu lassen.

Wilh. Stumpf, Tischler, und **Herrn. Gierk,**
Tischler, sendet Ihre Adressen an Hans Meyer,
Tischler in Reichenbach a. Haßl.

Aug. Reitemeyer, Tischler, Buchen, geb. 18. 2. 83 und
Emil Wolf, Tischler, Buchen, geb. 18. 2. 83 und
werden dringend erucht, ihre Arbeitser-
scheinung an die Zahlstelle Gera beizustellen zu senden.
Auch Kollegen, die deren Aufenthalts kennen, werden
um die Adressen gebeten. Hart. Seiter, in Neag.
Hubertusstr. 33, bei Wittenbergsdorf, West.

Hans Rallof, Tischler, Buchen, geb. 18. 2. 83, wird auf-
gerufen, das aus der Bibliothek
der Zahlstelle Schwerin, Meckl. entliehen Buch sofort
abzugeben.

Hans Eichmüller, Tischler, wird erucht, seine
in Guttenthor, Oberpfalz (Bayern), zu senden.

Zahlstelle Gera.

Bei der am Montag, den 12. Juni statt-
gefundenen Wahl eines Lokalbeamten ist
der Kollege Reinhold Schulze in Gera ge-
wählt worden.

Allen Bewerbern sagen wir unseren besten
Dan.

Die Ortsverwaltung.

Fachblatt für Holzarbeiter

An die Zahlstellen-Berwaltungen richten
wir das dringende Ersuchen, Bestellungen auf
das Fachblatt bis spätestens den 8. jeden
Monats einzusenden. Dieses gilt ganz be-
sonders für den ersten Monat im Quartal.
Unterbleibt die Bestellung, dann senden wir
die bisherige Anzahl Fachblätter und stellen
diese in Rechnung. Die Expedition.

12 tüchtige

Wöbelnschreiner

zu möglichst baldigem Eintritt für
dauernde Arbeit sucht

Graß Beck, Möbelfabrik
Bietigheim (Württemberg).

Lokalbeamter gesucht!

Die Zahlstelle Frankfurt a. M. sucht zum sofortigen Amtsantritt einen tüchtigen, im Fassen-
wesen, sowie in der Agitation und den Lohnbewegungen durchaus erfahrener Lokalbeamten.
Arbeiter müssen mindestens 5 Jahre dem Verband angehören und auch in den
sonstigen Bestrebungen der Arbeiterbewegung bewandert sein.

Die Anstellungsbedingungen werden nach den Beschlüssen des Münchener Verbands-
tages geregelt. Das Anfangsgehalt beträgt pro Monat 170 Mk., steigt jährlich um 10 Mk.
pro Monat bis zum Höchstgehalt von 210 Mk. pro Monat.

Öfferten unter Angabe der bisherigen Tätigkeit und einer Kurzen, eigenhändig ge-
schriebenen Abhandlung über die Aufgaben eines Lokalbeamten sind mit der Aufschrift
"Werbung" bis Mittwoch, den 5. Juli, an die hiesige Ortsverwaltung, Paul Brüchner,
Albertsleitestr. 51 I, zu richten.

Tüchtige Bauteilschleifer für Fenster und
Türen suchen sofort

Gebr. Behold, Tübeln.

Ein Tübel- und Möbelbauteilschleifer erhält
dauernde Arbeit.

Mag. Friedrich, Großehain, Sachsen.

2 bis 8 tüchtige, ältere Schreiner auf
Furnierie-Schleifzimmer werden sofort gesucht.
G. Blümker, Möbelfabrik, Spaltungen.

Eine Tübelmacher und ein Polsterer
sofort gesucht.

Aug. Vogt, Tübelmacher, Landes, Rheinfelden.

Eine Tübelmacher bei dauernder Ver-
schäftigung gesucht.

Werde & Schwarz, Walsberg, Lippe.

Tüchtige Polsterer, auf unechte Möbel,
sowie Schreiner auf Gasantriebsmittel ein-
gearbeitet und Dreher auf oval gesucht.
Goldschmid & Jämin, Holzgusst. Fabrik

Oberursel a. Taunus.

Tüchtiger selbständiger
Polsterer

sofort gesucht.

Pianofortefabrik Pfeiffer, Stuttgart.

Tüchtige, selbständige
Polster-Arbeiter

für bessere Ware können sofort eintreten.

Gold- und Politurleistenfabrik

Herrenberg, Württemberg.

5 Tüchtigmacher und Polsterer stellt zu
dauernder Beschäftigung sofort ein.

Otto Jahn, Tübelmacher

Friedrichsbrunn, Di-Harz, Stat. Suderode.

Tücht. Hornguss-Kreisraspeler
welcher auch neue Muster zu machen versteht
ist, sofort gesucht.

Rudolf Baumgarten, Hornwarenfabrik

Wald, Hessenland.

Ein jüngerer Tübelmacherselle ist gesucht.

H. Verschly, Nürnberg, Polen.

Auf sofort mehrere Korbmacher für
Mattarbeit gesucht.

H. Port, Altenritte bei Cassel.

Gesucht sofort ein junger Korbmacher
auf Rohr und Geschlagen.

Karl Hackmann

Geschacht bei Hamburg.

1 Korbmachersellen auf Messeförde
stellt sofort ein.

H. Zimmermann

Wittenberg, Bez. Halle, Posstr. 14.

Einen jüngeren Korbmacher auf Groß-
geschlagen, Grün und Weiß stellt ein

Franz Trebitz, Korbmachermeister

Zippen 5, Merseburg 1, Sachsen.

Einen Korbmacher
auf Rohrarbeit gesucht.

Gebr. Wolff, Bernburg.

Mehrere tüchtige Korbmacher auf Rohr-
arbeit, 1 bis 2 auf Gestellarbeit, 2 bis 3
auf Geschlagenes stellt ein.

H. Franke

Nürnberg, Neuhäuser Gäßebacherstr. 10.

Korbmacher auf Mattarbeit sucht sofort

Albert Lohbes

Tangerhütte, Kreis Stendal.

Ein tüchtiger junger Korbmacher für
Matt und Geschlagen gesucht.

Frau Pauline Winkler, Korbmacherel.

Griesendorf, Niedersachsen.

Korbmacher auf Geschloßrörle stellt
sofort ein. **A. Müller, Korbmacher**

Österburg, Altmark.

1 Korbmacher auf Rohr sofort gesucht

Herrn. Eiting, Bielefeld, Westf.

4 Korbmacher auf Rohr, Grün-Geschlagen
und Mattarbeit stellt sofort für dauernd ein.

Wilh. Sandau, Gardelegen, Altmark.

Einen Korbmacher

auf Mattarbeit findet bei hohem Lohn dauer-
nden Beschäftigung.

Karl Kreischmar, Bittau, Löbauerstr. 70.

Tüchtiger Bohrer soll gesucht. Hoher Lohn.

H. C. Ruppert, Bürklein, Bürkleinfabrik

Bartelscheide, Goslar.

Wüstermacher sucht

Wolff, Wernien, Steiner-Werth 6.

Worstenzurichter auf rohe deutsche
Worsten sofort gesucht.

Ewald Peters, Worstenzurichter

Schwelm, Westf.

Dübelleisen

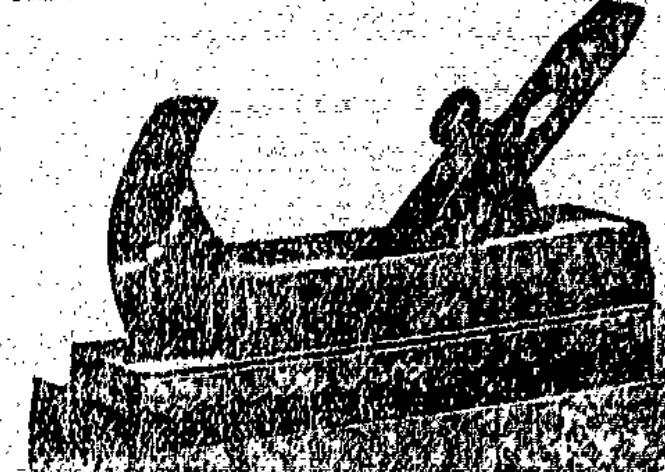
Eine Stublmacher und Schreiner, 6—18 mm
Vordurchmesser. Lieferer für 1.40 Mk. gegen
Nachnahme. Wiederverkäufer verboten.

A. Wolf, Stuttgart-Ostheim.

Tischler-Verkauf.
Keine quittierende Möbelstichler mit acht
Stublbänken und Maschinen ist zu verkaufen.

H. Bleibdorff

Brannschweig, Thomästr. 8.

**Reform-Putzhobel**
"Matador"

gesucht, geschliffen, übertrifft unstrittbar alle
bisher existierenden Putzhobel. Verlangen
Sie unseren reichhaltigen Katalog über
Werkzeuge gratis und franko.

Gebr. Genuit, Cassel 12.

Für Stellmacher! Der Kastenmacher (sehr
wertvoll) und Konstruktion der Windshut-
häuser (neu), beides von J. Zelmaier, Wien.
zu bezahlen durch den Verkäufer. Kollege

Joh. Weller, Unterlürheim, Lederstr. 44.

Neuheit!

Jahns Patent-Winkel-Linesal

sofort in teurer Werkstatt schaffen. Große Vorteile,
wenn keine Schnüre mehr nötig. Zu haben in allen
Wiederbeschaffungen; vor nicht erfolgter Verkauf
Wiederbeschaffung gesucht, hoher Nachfrage gegen
1 Mk. in Bielefeld. Maria Faber, Schlosser Langenziala.

Eingelegte Furniere

für Nähflächen, Schatullen, Füllungen.
Musterbogen gegen 20 Pfennig in Briefmarken.

Zahlreiche Anerkennungsschreiben

E. Biller, Marqueter, Heidelberg

Theater-Strasse 7.

Eingelegte Furniere

für Nähflächen, Schatullen, Füllungen.
Musterbogen gegen 20 Pfennig in Briefmarken.

E. Biller, Marqueter, Heidelberg

Theater-Strasse 7.